

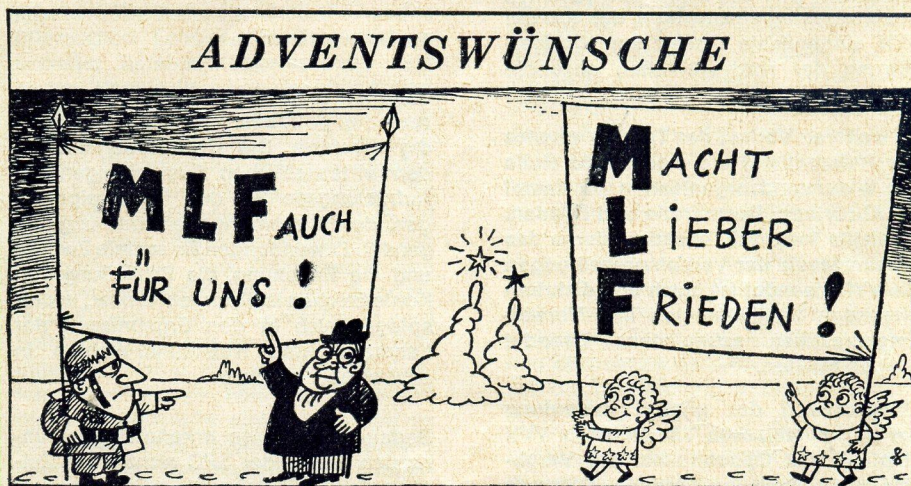
Kommuniqué der Tagung des Präsidiums der VVN

Am 28. und 29. November 1964 tagte in Heidelberg das Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes. Der Geschäftsführer des Präsidiums, Max Oppenheimer, sprach über die Tätigkeit der VVN und die Aufgaben der Widerstandsbewegung im Dienste der Demokratie, der Verständigung und des Friedens. Nach einer ausführlichen Analyse der gegenwärtigen politischen Situation kam er zu der Feststellung, daß das Kabinett Erhard entgegen dem Inhalt seiner Regierungserklärung keine Politik der Mitte und der Verständigung treibe. Es folge im Gegenteil der von seinem Vorgänger festgelegten Linie. Sowohl im Referat als auch in der lebhaften Diskussion wurde das Drängen der Bundesregierung auf Einbeziehung der Bundeswehr in die MLF und nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen eindeutig verurteilt. Die Präsidiumsmitglieder vertraten die Auffassung, daß sowohl diese außenpolitische Konzeption als auch der forcierte Versuch, die Notstandsgesetze zu verabschieden, nicht den Interessen der Bevölkerung entspricht.

Auch die Deutschland-Politik der Bundesregierung wurde heftig kritisiert. Es wurde festgestellt, daß alle bisher erzielten Vereinbarungen mit der Regierung der DDR, insbesondere das Passierscheinabkommen, erst nach massivem Widerstand der Bundesregierung zustande kamen.

Die Teilnehmer der Tagung vertraten die Auffassung, daß die Lösung der Deutschlandfrage auch weiterhin ein zentrales Problem bleibe und alles getan werden müsse, um eine Vertiefung des Grabens zwischen den beiden deutschen Staaten zu verhindern. Die VVN halten sich daher für verpflichtet, der Öffentlichkeit in einer noch zu erstellenden Denkschrift Vorschläge hierfür zu unterbreiten.

Ausführlich beschäftigen sich die Präsidiumsmitglieder mit dem unhaltbaren Standpunkt der Bundesregierung, die nazistischen Massenverbrechen am 8. Mai 1965 verjähren zu lassen. Die Bundesregierung entziehe sich mit dieser Maßnahme der Sühnepflicht. Sie verstoße gegen den vom Bundestag ratifizierten Überleitungsvertrag vom 26. 5. 1952, in dem Kontrollratsgesetz, darunter das Kontrollratsgesetz Nr. 10, als gültiges Recht anerkannt wurden. Ihre



„Abendpost“

Der Zukunft zugewandt

„Ein Jahr ward zur Vergangenheit,
das vieles uns beschert...“

heißt es in einem alten Gedicht. Überprüft man rückblickend die hinter uns liegenden Monate, so kann man mit Fug und Recht sagen, daß diese uns manches – im guten und im schlechten – beschert haben.

1964 war ein Jahr voll bedeutsamer Ereignisse in der Arena der internationalen Politik.

In den USA wurde der konzentrierte Ansturm der Faschisten und Rassisten abgeschlagen und Johnson als Präsident wiedergewählt. In Großbritannien setzte sich nach 15 Jahren die Labour Party mit einem Programm der atomaren Abrüstung und des sozialen Fortschritts durch. In der Sowjetunion erklärten die Nachfolger Chruschtschows, daß sie auch weiterhin eine Politik der friedlichen Koexistenz verfolgen werden.

Im Kongo, in Vietnam und vielen anderen Ländern Afrikas, Asiens und Süd-Amerikas beweisen die blutigen Auseinandersetzungen, daß die Zeit des Kolonialismus endgültig zu Ende geht. In West-Europa zeigen die Debatten um die EWG und anderen Fragen die wirtschaftlichen Widersprüchlichkeiten und unüberbrückbaren Interessengegensätze zwischen den europäischen Großmächten.

In der Bundesrepublik selbst war das Jahr 1964 das erste in seiner 15jährigen

Geschichte ohne einen Kanzler Adenauer. Die Politik, die in Bonn jedoch während dieses schicksalschweren Jahres gemacht wurde, zeigte deutlich den Geist und die Hände des Greises aus Rhöndorf. Keine der Hoffnungen, die nur allzu viele Menschen in der Bundesrepublik auf den Kanzlerwechsel setzten, ging in Erfüllung. Von der „Politik der Mitte und der Verständigung“, wie es im Regierungsprogramm Professor Erhards hieß, ist nichts außer Schall und Rauch übrig geblieben. Nach wiewor fordert die Bundesregierung den Aufbau der MLF und Atomwaffen für die Bundeswehr. Herr Seehofer, noch immer Minister, konnte lautstark die Gebietsforderungen der Revanchisten verkünden. Die Duldung ehemaliger Nazigrößen in vielen Schlüsselstellungen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wurde logisch erweitert durch die Absicht der Bundesregierung, nazistische Verbrechen im Jahre 1965 verjähren zu lassen.

Die Notstandsgesetze, um die es in der Öffentlichkeit ein wenig still geworden war, wurden in wenig abgeänderter Form erneut aus der Schublade geholt und sollen so schnell als möglich im Bundestag verabschiedet werden.

Die Durchführung dieser für den Frieden in Europa und für das Leben unseres Volkes so gefährlichen Politik stieß jedoch auf den steigenden Widerstand

Haltung steht damit im Widerspruch zum Völkerrecht und Grundgesetz und setzt das moralische Ansehen der Bundesrepublik in der Weltöffentlichkeit herab.

Alle Mitglieder der VVN wurden aufgerufen, ihre volle Kraft einzusetzen, um die breite Öffentlichkeit für die Nichtverjährung der nazistischen Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit zu gewinnen. Notwendig ist eine breite Aufklärungskampagne durch Versammlungen, Flugschriften, Unterschriftensammlungen usw., um mit allen demokratischen Kräften auf Bundesregierung und Bundestag einzuwirken, das von der VVN eingereichte Gesetz zur Nichtverjährung der Naziverbrechen anzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Tagung verwies der Referent auf die wachsende Rolle der Widerstandsorganisation im Kampf um Abrüstung, Demokratie und Frieden. Er stellte fest, daß, nachdem durch das Vereinsgesetz der Verbotsprozeß gegen die VVN beendet ist, auch alle diskriminierenden Bestimmungen und Verwaltungspraktiken schnellstens beendet werden müßten.

Entsprechend der großen Bedeutung der sozialpolitischen Tätigkeit der VVN empfahl Max Oppenheimer die Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs zur Novellierung des BEG sowie der Denkschrift zur Herabsetzung der Altersgrenze.

Im Rahmen der vor den VVN liegenden großen Aufgaben im Jahre 1965 wurde auf die große Bedeutung des 20. Jahrestags der Befreiung von Faschismus und Krieg hingewiesen. Es gelte, in der Bevölkerung den Gedanken durchzusetzen, daß der 8. Mai 1945 nicht der Tag der Niederlage des deutschen Volkes, sondern seiner Befreiung von der Nazi-herrschaft war.

Das Präsidium beschloß die Bildung einer Kommission, die sich mit der Vorbereitung und Ausgestaltung der Feiern zum 20. Jahrestag befassen soll.

Die zahlreichen Wortmeldungen und die vielen wertvollen Vorschläge und Ergänzungen zum Referat waren ein Beweis für das hohe Verantwortungsbeußtsein, das die ehemaligen Widerstandskämpfer und Opfer der Nazidiktatur beseelt.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt referierte der Sachbearbeiter für soziale Fragen der VVN, Albert N. Simmendinger, zu Fragen der Wiedergutmachung und der Herabsetzung des Rentenalters für Verfolgte. Er begründete ausführlich die von den Sachbearbeitern der VVN in Zusammenarbeit mit juristischen Beratern erstellte Novelle zum BEG und die Denkschrift des Präsidiums der VVN zur Herabsetzung des Rentenalters für Verfolgte.

Zum dritten Tagesordnungspunkt berichtete der Präsident der VVN, Dr. J. C. Rossaint, über die Reise einer fünfköpfigen Vertretung des Präsidiums der

VVN nach der Sowjetunion, die durch eine Einladung des Sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen ermöglicht wurde. Er vermittelte ein eindrucksvolles Bild von dem Leben und Denken der sowjetischen Bevölkerung, mit der die Delegation in Moskau, Wolgograd und Leningrad zusammentraf. Mit Interesse und Zustimmung wurden die Vereinbarungen zwischen der VVN und dem sowjetischen Verband der Kriegsveteranen über Fragen von gemeinsamem Interesse aufgenommen.

Fortsetzung von Seite 1

all jener, die eine grundsätzliche Änderung des politischen Kurses für notwendig erachten. Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufrüstungspolitik, den Preissteigerungen, den Mieterhöhungen, den ungenügenden Zuwendungen für soziale Zwecke und die Erziehung, die Schließung von Kohlenzechen im Ruhrgebiet usw., widerspiegelt sich in den Ergebnissen der Landtags- und Kommunal-Wahlen in zahlreichen Ländern.

Bedauerlicherweise erkannten die führenden Kreise der SPD nicht diese Zeichen der Zeit, denn wie wäre es sonst möglich gewesen, daß die Beschlüsse des Karlsruher Parteitages in allen entscheidenden Fragen der Außen- und Innenpolitik, so z. B. bei der MLF, den Notstandsgesetzen, der Verjährung, der Auffassung der Regierungsparteien angeht, wurden.

Trotzdem werden die Widersprüche zwischen dem Bonner Kurs und den Interessen des Volkes auch im kommenden Jahr zu verschärften Auseinandersetzungen führen, die sicherlich in den Ergebnissen der Bundestagswahlen ihren Niederschlag finden.

Wie weitgehend die Differenzen über eine Reihe von Aspekten des politischen Lebens sind, zeigt sich am deutlichsten in der Deutschlandfrage. Aus allen Parteien in- und außerhalb des Parlaments kommen Vorschläge, die einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten das Wort reden. So sehr auch die Bundesregierung die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik zu negieren versucht, so haben doch die neuen Vereinbarungen zum Passierscheinabkommen, die Reiseerlaubnis für Millionen von Rentnern, die Festlegungen über den Wiederaufbau der Autobahnbrücke über die Saale und eine Reihe weiterer konkreter Vorschläge das gesamtdeutsche Gespräch in Gang gebracht. Die Weiterentwicklung dieser Möglichkeiten wird eine der wesentlichsten Fragen der deutschen Politik im kommenden Jahr sein. Das Präsidium der VVN hat deshalb im Verlauf seiner letzten Tagung beschlossen, ein „Deutschland-Memorandum der Widerstandskämpfer“ zu entwickeln, um hierdurch den Beitrag zu leisten, zu dem

Zur Ergänzung des Berichtes über die internationale Tätigkeit der VVN sprachen die Kameraden J. G a l l , München, und A. B a u m g a r t e , Hannover, über ihre Teilnahme an internationalen Gedenkveranstaltungen in der CSSR.

Zum Abschluß der wichtigen Tagung des Präsidiums der VVN wurden die vorgelegten Dokumente gebilligt und verabschiedet. Einstimmig wurde beschlossen, den Bundeskongreß der VVN für den 28./30. Mai 1965 einzuberufen. Heidelberg, den 29. November 1964

wir als Vollstrecker des Vermächtnisses des Widerstandskampfes verpflichtet sind.

Wir sind keine Hellseher und wissen nicht, was das neue Jahr uns im einzelnen bringen wird.

Über die realen Möglichkeiten, einer Politik der Verständigung und des Friedens zum Durchbruch zu verhelfen, sollten wir uns jedoch im klaren sein. Deshalb gilt es, an der Schwelle des neuen Jahres sich der Ideale zu erinnern, die Leitmotiv unseres Kampfes der Vergangenheit und unserer Tätigkeit für die Zukunft sind. Die Verbindung zwischen dem Gewesenen und dem Kommenden ist im Jahre 1965 von besonderer Aktualität. Am 8. Mai 1965 jährt sich zum 20. Mal der Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus. Nicht nur die Widerstandskämpfer, sondern alle Menschen, die Terror, Rassenwahn, Krieg und Verfolgung verabscheuen, werden diesen Jahrestag feierlich begehen.

Auch in der Bundesrepublik werden zahlreiche Veranstaltungen auf den Appellplätzen der ehemaligen Konzentrationslager und an anderen Stätten der Erinnerung durchgeführt werden. Gerade in unserer Heimat ist es notwendig, der Bevölkerung und vor allem der Jugend die Bedeutung dieses Tages vor Augen zu führen, der auch für das deutsche Volk der Beginn eines neuen Lebens und damit ein Tag des Sieges und nicht der Niederlage war. Die Erinnerung muß uns Kraft geben, noch stärker als bisher und Schulter an Schulter mit allen demokratisch gesinnten Menschen gegen alle Gefahren zu kämpfen, die unser Volk bedrohen. Nicht atomare Waffen, revanchistische Forderungen und totalitäres Streben sollen weiterhin das Schicksal unseres Volkes bestimmen, sondern Abrüstung, Verständigung, Toleranz und freiheitliche Gesinnung. Mögen uns hierbei die Worte des großen Dichters Bert Brecht Glauben und Zuversicht geben:

**Die Schwachen kämpfen nicht,
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine
Stunde lang.**

**Die noch stärker sind, kämpfen
viele Jahre, aber**

**Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang,
Diese
sind unentbehrlich.**

Um des Friedens und der Menschlichkeit willen dürfen die Naziverbrechen nicht verjähren!

Am 13. November 1964 unterbreitete das Präsidium der VVN dem Bundestag, den im Bundestag vertretenen Parteien, der Bundesregierung und der Öffentlichkeit einen Gesetzentwurf über die Nichtverjährung der Naziverbrechen. Das Gesetz lautet:

§ 1

- 1) Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 15. Mai 1871 in der Fassung vom 25. August 1953 (BGBl. I. 1083) über die Verfolgungsverjährung (§§ 67, 68 und 69) finden keine Anwendung auf Verbrechen, die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 in Festlegung, Durchführung oder Begünstigung der nationalsozialistischen Politik begangen worden sind.
- 2) Die Strafverfolgung der in Absatz 1 bezeichneten Verbrechen unterliegt keiner Verjährung.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Dieses Gesetz und seine Begründung wurde in der antifaschistischen Wochenzeitung „Die Tat“ Nr. 47 vom 21. November 1964 veröffentlicht und ausführlich begründet. Der ungeheuerliche Beschluß des Bundeskabinetts, die Naziverbrechen am 8. Mai 1965 verjähren zu lassen, hat in der deutschen und der Weltöffentlichkeit heftige Auseinandersetzungen ausgelöst. Es ist in der Tat eine Frage von höchster politischer und moralischer Bedeutung. Die Entscheidung für oder gegen die Verjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeutet in Wirklichkeit Rehabilitierung der menschenfeindlichsten barbarischsten Herrschaftsform aller Zeiten, des Nazismus, oder endgültige Absage und unwiderruflicher Bruch mit der fluchbeladenen Vergangenheit. Wer, wie die Bundesregierung den staatlich geplanten, organisierten industriell perfektionierten und praktizierten, heimtückischen und bestialischen Massenmord des Nazisystems mit einfachem Mord gleichsetzt, verharmlost das Entsetzliche und gibt der Möglichkeit Raum, daß sich das Gleiche nochmals wiederholt.

Darin aber liegt die Verantwortung unseres Volkes vor der Geschichte, daß es alles tun muß und nichts unterlassen darf, damit diese Greuel niemals wieder geschehen können. Das Dritte Reich war durchaus kein Zufallsprodukt. Es war der Versuch der Verwirklichung der Idee vom deutschen Weltherrschaftsanspruch, der von den Vertretern der großen wirtschaftlichen Machtgebilde stets verfochten wurde. Nur mit ihrer Hilfe gelangte Hitler zur Macht. Der Hitler-Staat war ihr Staat. Er war der Vollstrecker ihrer Vorstellungen.

Die Bundesregierung, die sich als der Rechtsnachfolger des Hitler-Staates be-

zeichnet, setzt sich durch ihre Erklärung vom 10. November über die Verjährung der Naziverbrechen der Gefahr aus, der Fortsetzung einer Politik bezichtigt zu werden, die unserem Volk in zwei Generationen schon so unsägliches Leid verursacht hat. Nach den furchtbaren Enthüllungen im Auschwitz-Prozeß und in den anderen KZ-Verbrecher-Prozessen hat sich in der deutschen Öffentlichkeit und in der Welt ein Sturm des Protestes gegen die Haltung der Bundesregierung erhoben. Namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Bundestagsabgeordnete, Juristen, Gewerkschafts- und andere Verbände neben der VVN haben öffentlich Protest erhoben. Die Befürworter der Verjährung weichen der politischen Fragestellung aus und flüchten sich auf das Gebiet der Juristerei. So behauptet die Bundesregierung, daß ein Gesetz über die Nichtverjährung der Naziverbrechen dem Grundgesetz und der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik widerspreche. Desweiteren wird behauptet, daß nur noch wenige Schuldige sich bisher der gerichtlichen Verfolgung entziehen konnten. Ohne auf diese Ausflüchte im einzelnen eingehen zu wollen, muß folgendes festgestellt werden: Bei den nazistischen Greuel-taten handelt es sich um Verbrechen, die bis dahin in ihrer Art und in ihrem Umfang in der Welt nicht bekannt waren. Sie sind in keinem Strafgesetzbuch erfaßt. Um sie zu beenden und in Zukunft unmöglich zu machen, mußte sich die ganze zivilisierte Welt gegen die Achsenmächte zusammenschließen. Erstmals hat das Internationale Militär-Tribunal in Nürnberg völkerrechtsverbindliche Normen für die Verfolgung und Aburteilung dieser Verbrechen geschaffen. Nach dem deutschen geltenden

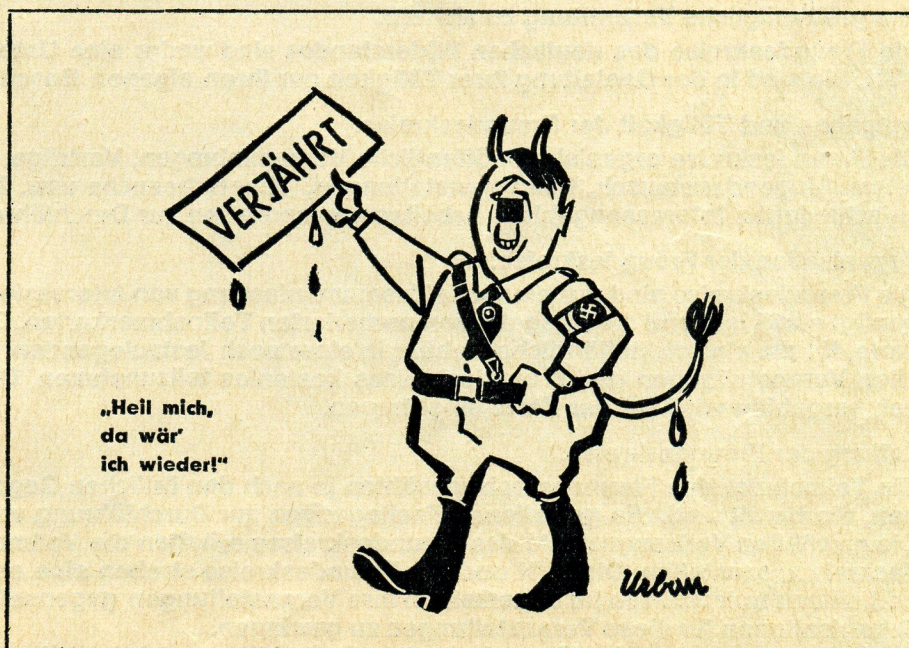
Strafrecht kann nur jemand wegen Mord oder Beihilfe zum Mord verurteilt werden, dem der Mord durch Zeugen mit Datum und Uhrzeit genau nachgewiesen wird. So ist es zu erklären, daß die Schreibtischmörder, die Urheber der Massenmorde, ihre Nutznießer, frei ausgehen.

Diese Lage konnte nur dadurch entstehen, daß die Bundesregierung sich in diesen Fragen bisher geweigert hat, das Völkerrecht als Bestandteil des deutschen Rechtes anzuerkennen, wie es das Grundgesetz vorsieht.

Das Völkerrecht kennt keine Verjährung dieser Verbrechen. Außerdem haben zahlreiche Länder, die Tschechoslowakei, Polen, die DDR, Israel und zuletzt Belgien, Gesetze beschlossen, die die Verjährung nazistischer Verbrechen unmöglich machen. Vor den VVN steht die Aufgabe, im Zusammenwirken mit allen demokratischen Bürgern, mit Menschen aus allen Schichten unserer Bevölkerung den Kampf gegen die Absichten der Bundesregierung für die Verjährung der Naziverbrechen aufzunehmen. Es ist notwendig, in allen Städten und Gemeinden anhand der Bericht-erstattung über den Auschwitz-, über den Sachsenhausen- und Treblinka-Prozeß die Bevölkerung wachzurütteln.

Die Kameradinnen und Kameraden der VVN müssen dafür sorgen, daß auf allen Versammlungen und Zusammenkünften gleich welcher Art Entschließungen gegen die Verjährung der Naziverbrechen angenommen und an den Deutschen Bundestag geschickt werden. In allen Vereinigungen sollte in den nächsten Tagen beraten werden, was getan werden kann, um die Verjährung der Naziverbrechen zum 8. Mai 1965, dem 20. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes und der Welt vom Hitler-Faschismus, zu verhindern.

H. J., Düsseldorf



„Nahrung und Genuß“

Freundeskreise des Widerstandes sind eine wirksame Hilfe

In der letzten Zeit stellen wir immer wieder fest, daß die Argumente unserer Kameraden und unserer Organisation bei der Bevölkerung auf fruchtbareren Boden fallen als noch vor Jahren. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Ein wichtiger Grund für diese Änderung liegt wohl darin, daß in dieser Zeit des Sehens nach einer friedlichen Entwicklung, nach Entspannung und Verständigung das provokatorische Auftreten der alten und neuen Faschisten, der Scharfmacher vom Schlage der Seebohm und Jacksch sowie die politischen Skandale mit alten Nazis geradezu unerträglich werden. Andererseits ist eine neue Generation herangewachsen, die die Vergangenheit mit sehr kritischen Maßstäben mißt. Die politische Unruhe findet u. a. auch ihren Ausdruck in den „Fällen“ Heye, Jagusch u. a. Die großen Prozesse tun ihr übriges. Noch nie fand in der Bundesrepublik eine Ausstellung soviel Zuspruch wie die Auschwitz-Ausstellung, die in Frankfurt angelaufen ist.

Wir verdienen nicht ernst genommen zu werden, würden wir die Möglichkeiten der Verbreitung unseres Gedankengutes nicht nützen, auch zur Gewinnung neuer Streiter in unserem Kampf, zur Bildung von Freundeskreisen des deutschen Widerstandes. Bisher haben

wir dies sträflich vernachlässigt. Es gibt viele demokratisch gesinnte Menschen, insbesondere unter der Jugend, die sich aus irgendwelchen Gründen nicht unmittelbar der VVN anschließen können. Diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich im Sinne des antifaschistischen Widerstandes zu betätigen, ist der Sinn der Bildung der Freundeskreise des deutschen Widerstandes.

Dabei sollten diese Freundeskreise nur eine lose Zusammenfassung von Interessierten sein. Den gegebenen örtlichen Verhältnissen entsprechend wird die „Organisierung“ ganz verschieden sein. In dem einen Kreis wird man Einzeichnungslisten verwenden, im anderen Teilnehmerkarten ausgeben – einen Jahresmindestbeitrag erheben oder auch den Interessierten die Höhe ihrer Spende überlassen. Dort, wo wir Beziehungen zu Jugendverbänden oder Studentengemeinschaften haben, beginnen wir mit diesen, einen Freundeskreis zu bilden – an anderer Stelle ist unser Einfluß in Gewerkschaftskreisen stärker, also fangen wir hier an. Vor allem aber muß man den Freundeskreisen bei der Durchführung einer konkreten, erfüllbaren Aufgabe helfen. Das 20. Jahr der Befreiung bietet hierfür genügend Anlässe. Das Nächstliegende wäre z. B. eine kurz-

gefaßte Geschichte der Verfolgung und des Widerstandes während des Dritten Reiches in der jeweiligen Stadt oder auch Kreis. Archive der örtlichen Zeitungen gibt es überall. Bei den Standesämtern, Gewerkschaftshäusern, Kirchengemeindehäusern, bei den Parteien und in den Schulen kann man ganz offiziell die entsprechenden Zahlen der Verfolgten, Ausgewanderten, der Toten usw. erhalten bzw. über Aktionen der verschiedensten Bevölkerungsschichten gegen das Naziregime Erkundigungen einziehen.

Vorträge, Ausstellungen, Filmveranstaltungen usw. finden sicherlich Anklang und für deren Vorbereitung auch aktive Helfer bei interessierten Kreisen.

Unsere Karlsruher Kameraden hatten ihren Freundeskreis mit 6 Interessenten begonnen. Sie hatten in allen Veranstaltungen Zettel auf die Stühle gelegt, die auf die Existenz eines Freundeskreises und auf die nächste Zusammenkunft hinwiesen. Beharrlich haben sie während vieler Monate diese Methode angewandt und heute zählt ihr Freundeskreis 50 Mitglieder mit Vorstand, mit Richtlinien und einer Aufteilung der Interessenten in verschiedene Arbeitsgebiete mit entsprechenden Aufgaben. Und was in Karlsruhe möglich ist, ist an jedem anderen Ort in der Bundesrepublik auch möglich.

W. H., Frankfurt

Richtlinien für die Bildung von Freundeskreisen des deutschen Widerstandes

Teilnehmer an den Freundeskreisen des deutschen Widerstandes kann jeder werden, der auf dem Boden des Grundgesetzes im Sinne des antifaschistischen Widerstandes zur Überwindung der nazistischen Vergangenheit, zur Schaffung und Festigung demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik tätig sein will. Ziel der Freundeskreise des deutschen Widerstandes soll sein, dem Gedankengut des deutschen Widerstandes größtmögliche Verbreitung zu sichern.

Die Freundeskreise des deutschen Widerstandes sind weder eine Unter- noch eine Parallelorganisation der VVN. Sie sind in der Gestaltung ihrer Tätigkeit nur ihren eigenen Beschlüssen unterworfen.

Aufgaben und Tätigkeit der Freundeskreise.

Die Freundeskreise organisieren öffentliche Versammlungen, Vorträge, Foren, Ausstellungen, Besichtigungsreisen, Jugendaustausch, Filmveranstaltungen, Theaterbesuche usw. Zweckmäßigerweise bilden sie für die verschiedenen Interessengebiete Arbeitsgemeinschaften zur Durchführung ihrer Aufgaben.

Organisation der Freundeskreise.

Die Freundeskreise sind nur eine lose Zusammenfassung von Interessierten. Zur Erfassung der Interessierten genügt eine Liste und die Ausgabe von nummerierten Teilnehmerkarten. Der Inhaber einer solchen Teilnehmerkarte, für die eine vierteljährliche Gebühr in einer noch festzulegenden Höhe bezahlt wird, ist berechtigt, an allen Veranstaltungen des Freundeskreises kostenlos teilzunehmen. Die zu erhebende vierteljährliche Teilnehmergebühr wird auf der Karte eingetragen.

Leitung der Freundeskreise.

Die Teilnehmer des Freundeskreises wählen je nach den örtlichen Gegebenheiten aus ihrer Mitte 3–5 Personen, die bereit sind, die getroffenen Festlegungen zur Durchführung von Veranstaltungen einzuleiten. Die gewählten Vertrauensleute des Freundeskreises erhalten die Vollmacht, Teilnehmerkarten für den Freundeskreis auszustellen. Die VVN und die Freundeskreise streben eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit an und unterstützen im allgemeinen ihre Veranstaltungen gegenseitig und bemühen sich darum, andere Organisationen für diese Veranstaltungen zu gewinnen.

Die Teilnehmerkarten des Freundeskreises berechtigen auch, an allen nicht geschlossenen Veranstaltungen der VVN teilzunehmen.

Wichtige Vorschläge zur Wiedergutmachungsgesetzgebung

In der Sitzung des Präsidiums der Vereinigungen der Verfolgten (VVN) in Heidelberg am 28./29. 11. 1964 nahmen, neben dem Hauptreferat zur politischen Lage, die Behandlung der dort zur Verabschiedung vorgeschlagenen Novelle zum BEG und Denkschrift zur Erlangung eines vorgezogenen Altersruhegelds für Verfolgte, breiten Raum ein.

Die Kommission für Wiedergutmachung und Sozialpolitik beim Präsidium der VVN hatte in langwieriger Arbeit Novelle und Denkschrift als gewichtigen sozialpolitischen Beitrag erarbeitet.

Das Präsidium hatte schon 1963 eine Reihe von Änderungsvorschlägen zum BEG/56 verfaßt und den interessierten Kreisen übermittelt und bei Übergabe dieser Novellierungsvorschläge mit dem WG-Ausschuß-Vorsitzenden im Bundestag, Herrn Abgeordneten M. Hirsch, eingehend gesprochen.

Durch das von der Bundesregierung aufgebrachte Schlagwort: „**Abschlußgesetz**“ fühlten alle mit der Durchsetzung der WG-Ansprüche befaßten Kreise sich aufgerufen eine umfassende Überarbeitung des BEG/56 bei der vorgesehenen Novellierung dieser Gesetze zugrunde zu legen.

Zahlreiche Klagen über fehl laufende und unbefriedigende Verwaltungsakte und gerichtliche Entscheidungen, das Hervortreten einer wachsenden Zahl von Härtefällen gaben Anlaß – neben den zeitunangemessenen Entschädigungsleistungen vor allem der Höhe der Renten – im In- und Ausland eine Novellierung des BEG/56 zu fordern. Die Bundesregierung wurde von sich aus tätig und legte einen Novellierungsentwurf mit der Bundestags-Drucksache IV/1550 vor.

Die VVN waren schon immer der Auffassung, daß in WG – rechtlicher Hinsicht allein ein **gemeinsames Vorgehen** den wünschenswerten Erfolg verspricht. Es wurden deshalb alle bisher erarbeiteten Vorschläge, voran der Novellierungsentwurf der Bundesregierung, der GVS, der Juden, des Anwaltsvereins, des DGB und anderer Stellen, vor allem der WG-Sachbearbeiter der VVN-Landesverbände zusammengefaßt und bei dem nunmehr verabschiedeten Novellierungswerk der VVN gebührend berücksichtigt.

Dem WG-Ausschuß im Bundestag wird damit eine Arbeit zur Hand gegeben, die die Wünsche aller Verfolgtengruppen berücksichtigt und dem Gedanken der Bundesregierung, ein Abschlußgesetz zur WG zu schaffen, weitgehend entgegenkommt.

Die VVN hat bei der Erstellung ihres Novellierungswerks folgende Aspekte:

1. Berechtigten Ansprüchen der verschiedenen Verfolgtenkategorien Geltung zu verschaffen.
2. Wohlwollende, jedoch verschiedenen Auslegungen zugänglicher Vorschläge in der Novelle der Bundesregierung so zu formulieren, daß Umdeutungen ausgeschlossen bleiben, wodurch Verwaltung und Gerichte entlastet werden.
3. Sicherung der Substanz des BEG/56, wozu gehört die in dem Novellierungsvorschlägen der Bundesregierung eingebaute negativistische Rechtsprechung des BGH auszumerzen und durch Hereinnahme der **Präambel** zum BEG/56 in den Gesetzestext, dem Postulat des BGH im Urteil vom 22. 11. 1954 wieder bei Verwaltung und Gerichten vollauf Geltung zu verschaffen.

1954 stellte der BGH heraus:

„Ziel und Zweck der Rückerstattungs- und Entschädigungsgesetzgebung ist, das verursachte Unrecht sobald und soweit als irgend möglich wiedergutzumachen, eine Auslegung dieses Gesetzes, die möglich ist und diesem Ziel entspricht, verdient daher den Vorzug gegenüber jeder anderen Auslegung, die die Wiedergutmachung erschwert oder zunichte macht“.

4. Die Herstellung der Rechtsgleichheit aller Verfolgtenkategorien, wozu u. a. gehört, dem rechtsfremden § 6 eine Fassung zu geben, die allein dem vertretbaren Rechtsbegriff des mitwirkenden Verschuldens Geltung verschafft.
5. Die Sicherung einer angemessenen Versorgung für alte und nicht mehr arbeitsfähige Verfolgte, wozu auch die Forderung gehört, die der Versorgung dienenden Renten bei Männern schon ab dem vollendeten 60. Lebensjahr, bzw. bei Frauen dem 55. Lebensjahr zu zahlen.

Hier die Aufzählung der wesentlichen Verbesserungsvorschläge:

Erhöhung und Dynamisierung der Mindestrenten.

Verbesserungen der Wohnsitzbestimmungen (§ 4)

Verweisungsbrücke zwischen BEG zum AKG (5)

Radikale Ausmerzung der grundgesetz- und rechtswidrigen Ausschließungsgründe (6)

Klarstellung des Begriffs der überholenden Kausalität.

Die aus der Beweisnot diktierte Sicherung der begünstigenden Vermutung bei Hinterbliebenen- und Gesundheitsschadensansprüchen. Verdoppelung der Haftentschädigung, Ausdehnung dieser Ansprüche auf adäquate Situationen der Freiheitsentziehung (Beschränkung) im Ausland.

„Altersrenten“ gem. § 32 (2) für alle die das 60., bzw. 55. (Frau) Lebensjahr vollendeten.

Paulschadenschädigung für Effektenverlust im KZ, bzw. Haftanstalt. Entschädigung der Vermögensverluste der Emigranten aus dem „Reich“ im Ausland.

Berufsschadensrenten bei Unselbstständigen in gleicher Höhe wie bei Selbstständigen.

Berufsschadensrente für Witwen, deren Männer vor dem 1. 10. 1953 verstorben sind. Allgemein gültige erhöhte Freibeträge. Der Verfolgte soll das Recht haben, in das Rentenwahlrecht hineinzuwachsen.

Letzter Vorschlag setzt die Zusicherung einer angemessenen Altersversorgung der Bundesregierung in den beiden Haager Protokollen in die Tat um.

Und anderes mehr.

Die zugleich verabschiedete Denkschrift (Forderung auf ein vorgezogenes Altersruhegeld aus der gesetzlichen Sozialversicherung für Verfolgte), trifft mit einer kürzlichen Forderung des Heimkehrerverbandes zusammen und stützt sich auf die seit 1945 durchgeführten Forschungsarbeiten namhafter Kapazitäten aus Kreisen der Mediziner und Gerontologen in ganz Europa.

Spätschäden und Frühalterung, bei Menschen die längere Zeit unter extremen Bedingungen leben mußten, sind wissenschaftlich erhärtete Tatsachen, die in der Sozialgesetzgebung zur Lebenserhaltung dieses äußerst klein gewordenen Menschenkreises, der unsere besondere Fürsorge verdient, schnellstmöglich berücksichtigt werden sollen.

A. N. S., Frankfurt

Merkblatt zur Novelle des BRÜG vom 8.10.1964 als Beratungsgrundlage für alle Geschädigten

Im Bundesgesetzblatt vom 8. 10. 1964 ist die Novelle zum BRÜG veröffentlicht worden. Sie bringt folgende Veränderungen:

1. An den Rechtsträgern wie sie im § 1 des BRÜG vom 19. Juli 1957 genannt wurden, hat sich nichts geändert. Ansprüche sind daher auch weiterhin nur gegen folgende Rechtsträger möglich:

Das Deutsche Reich einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost.

Das ehemalige Land Preußen.

Das Unternehmen Reichsautobahn. Die ehemalige NSDAP und deren Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und den Auswanderungsfond Böhmen und Mähren.

2. Gegen diese Rechtsträger ist jetzt auch im Geltungsbereich des Gesetzes Nr. 59 (Rückerstattungsgesetz für die US-Zone) ein Anspruch möglich, wenn sie sich an den feststellbaren Vermögensgegenständen, entgegen rechtstaatlichen Grundsätzen, das Eigentum, die Eigentümererstellung, den Besitz oder die Verfügungsmacht verschafft oder angemacht hat (§ 2a).
3. Im Rückerstattungsverfahren kann nunmehr ähnlich wie im Entschädigungsverfahren der Anspruch ganz oder teilweise durch Gerichtsentscheidung versagt werden, wenn der Berechtigte sich unlauterer Mittel bedient oder vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Anspruches gemacht, veranlaßt oder zugewiesen hat (§6a). Bei der Antragstellung wie auch bei Einholung von Beweismitteln ist daher größte Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu beachten.
4. Nach Zuerkennung eines Anspruches kann die zuständige Oberfinanzdirektion die Rückzahlung der bewirkten Leistungen bei Gericht verlangen, wenn der Antragsteller im Sinne von § 6 verstoßen hat. Allerdings kann ein solcher Antrag nur innerhalb einer Frist von 6 Monaten ab dem Zeitpunkt ab dem die Oberfinanzdirektion von solchen Tatsachen Kenntnis erlangt hat, gestellt werden (§ 43a).
5. Von der Vorlage eines Erbscheines soll künftig abgesehen werden, wenn die Erbberechtigung auch ohne Vorlage eines Erbscheines nachweisbar ist. Die Erteilung eines Erbscheines für das Rückerstattungsverfahren ist gebührenfrei. (§7a)
6. Ansprüche können künftig auch nach dem Altspargesetz in der Fassung vom 1. 4. 1959 geltend gemacht werden, wenn dem Verfolgten Reichs-

markbeträge entzogen wurden (§ 11 Nr. 6).

7. Ein Rückerstattungsanspruch gilt auch dann als angemeldet, wenn er irrtümlich bei einer anderen Behörde oder einem unzuständigen Gericht in der Bundesrepublik angemeldet wurde, sofern in der Anmeldung die Gegenstände bezeichnet sind, für die Ersatz verlangt wird. Unter unzuständigen Behörden und Gerichten sind nicht nur die für das BEG geltenden Anmeldebehörden, sondern auch andere zu verstehen.

Wichtig:

Die Anmeldung bei der zuständigen Rückerstattungsbehörde muß aber unter Berufung auf die irrtümliche Anmeldung bis spätestens 8. 10. 1965 nachgeholt werden (§ 29a).

Anmeldebehörden für Rückerstattungsansprüche sind:

- a) für die ehemalige US-Zone: das Verwaltungsamt für Innere Restitutionen in München
 - b) für die ehemalige britische Zone: das Verwaltungsamt für Innere Restitutionen in Stadthagen
 - c) für die ehemalige französ. Zone: die Restitutionskammern bei den Landgerichten
 - d) für das Land Berlin: (West-Berlin) die Entschädigungsämter von Berlin.
8. Wird ein Anspruch wegen Entziehung in den ehemals besetzten Westgebieten oder in den sonst ehemals besetzten oder eingegliederten Gebieten rechtskräftig zurückgewiesen oder zurückgenommen, weil nicht nachzuweisen war, daß die entzogenen Vermögensgegenstände in den Bereich der drei Westzonen oder nach Berlin verbracht wurden, so hat der Geschädigte nunmehr das Recht zur Neuanmeldung, wenn es sich um die Entziehung von Hausrat, Schmuck und Edelmetallgegenstände handelt. Die Bundesregierung muß innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Novelle zum BRÜG durch Verordnung bestimmen, welche allgemeinen Maßnahmen, welche Entziehungsgebiete und welche Zeiträume hierfür in Frage kommen (§ 29b).

Wichtig:

Die Anmeldefrist solcher Ansprüche endet ein Jahr nach der Verkündung der Rechtsverordnung. Dies muß aber spätestens bis zum 31. 12. 1965 veranlaßt werden.

9. Wurden Rückerstattungsansprüche irrtümlich bei einer Entschädigungsbehörde angemeldet, dann soll künftig eine Verweisung nur noch möglich sein, wenn sich aus der Anmeldung die feststellbaren Vermögensgegen-

stände erkennen lassen, für die Ersatz verlangt wird. Hierbei gelten auch solche Anmeldungen noch, die nach Ablauf der Anmeldefrist zum BEG bis spätestens 1. 4. 1959 erfolgt sind (§ 30). Die Neufassung dieser Bestimmung wird in der Literatur angegriffen und als verfassungswidrig bezeichnet. Ansprüche von natürlichen Personen werden bis zur Höhe von DM 40.000.— oder in voller Höhe gezahlt. Weitergehende Ansprüche, die bis zum 31. 12. 1967 nicht erfüllt sind, müssen ab 1. 1. 1968 mit 1% für jedes angefangene Vierteljahr verzinst werden (§§ 32 u. 34).

10. Natürliche Personen, die durch die frühere Entziehung heute in einer Notlage sind, können eine Leistung aus dem Härteausgleich erhalten. Das gleiche gilt auch analog für juristische Personen. Für diesen Zweck wurde ein Betrag von 10 Millionen DM bereit gestellt (§ 44).

11. Personen denen in den ehemaligen Westgebieten Hausrat oder in den übrigen besetzten oder eingegliederten Gebieten Schmuck und Edelmetallgegenstände entzogen wurden und bis jetzt keinen Anspruch angemeldet haben, weil der Verbringungs-nachweis nicht zu führen war, können einen Härteausgleich erhalten. Dieser Härteausgleich wird nur den geschädigten Eigentümern gewährt. Ist dieser verstorben, so können auch die überlebenden Ehegatten und die Kinder den Härteausgleich erhalten. Voraussetzung ist, daß die Berechtigten am 8. 10. 1964 ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt in Gebieten hatten, mit deren Regierungen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält.

Die Bundesregierung muß durch Rechtsverordnung bestimmen, welche Behörde für die Entgegennahme und Entscheidung von solchen Anträgen zuständig ist. Anträge können dann innerhalb eines Jahres nach der Verkündung dieser Verordnung gestellt werden. Für diesen Härteausgleich wird ein Fond in Höhe von 800 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf der Anmeldefrist wird für Entziehung von Hausrat eine Entschädigung von DM 4000.— und für Entziehung von Schmuck und Edelmetallgegenstände eine Entschädigung von DM 1000.— als Vorauszahlung geleistet.

Wer kann neu anmelden?

Grundsätzlich eröffnet die Novelle zum BRÜG keine generelle Frist zur Neuanmeldung aller Ansprüche, lediglich in den eingangs erwähnten Fällen, wo das Gesetz erstmalige oder höhere Leistungen gewährt, sind Neuanmeldungen möglich. Ungeachtet der unterschiedlichen Regelung der Anmeldefristen für die einzelnen Ansprüche ist als Faustregel zu beachten:

Daß sicherheitshalber alle Anmeldungen bis spätestens 8. 10. 1965 bei den zuständigen Anmeldebehörden oder Gerichten eingereicht sein müssen.

Festlegungen und Termine

Die letzte Präsidiumstagung der VVN erhielt ihr Gepräge nicht nur durch die gute und umfassende Diskussion, sondern auch durch die konkreten Schlußfolgerungen, die sicherlich den Landesvereinigungen eine wichtige Hilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben geben. Das bedeutsamste Ergebnis ist sicherlich die Erarbeitung eines „**Deutschland-Memorandums der Widerstandskämpfer**“, das schnellstens von einer dazu gewählten Kommission ausgearbeitet wird und im neuen Jahr der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

Zur Gewinnung neuer Freunde im Kampf um die Verwirklichung des Vermächtnisses des Widerstandskampfes werden die **Richtlinien zur Bildung der „Freundeskreise des deutschen Widerstandes“** sicherlich eine gute Hilfe sein.

Die Verabschiedung der **Novelle zum BEG**, die noch in diesem Jahr dem Bundestag und den zuständigen Stellen zugeleitet wird, zeigt ebenso wie die **Denkschrift zur Herabsetzung der Altersgrenze** – die auf einer Konferenz im neuen Jahr der Öffentlichkeit erläutert wird – die große Rolle, die die sozialpolitische Tätigkeit im Leben der VVN spielt.

Die gesamte Tätigkeit im neuen Jahr orientiert sich auf die Feiern anlässlich der 20jährigen Wiederkehr der Befreiung von Faschismus und Krieg.

Der Bundeskongreß, dessen Durchführung für den 28./30. Mai 1965 im Ruhrgebiet beschlossen wurde, soll hierzu zu einem besonderen Höhepunkt werden.

Zur Stärkung der Organisation und des Einflusses der VVN in der Öffentlichkeit wurde auf die große Bedeutung des „**Peter-Endes-Vermächtnis-Aufgebotes**“ hingewiesen.

Eine Reihe von Zwischenergebnissen liegen vor. Der Abschluß erfolgt zum 8. Mai 1965, dem Tag der Befreiung. Die Bedingungen im einzelnen wurden in Heft 7/Juli 1964 bzw. im Heft 12/Dezember 1963 der „**Stimme des Widerstandes**“ veröffentlicht.

In diesem Zusammenhang sind folgende Termine der internationalen Widerstandsbewegung als auch der Lagergemeinschaften, verschiedener Verfolgtenverbände und selbstverständlich der VVN von Bedeutung:

Termine

- 23. Januar 1965**
Kameradschaftsabend in Goslar
- 30. Januar 1965**
Kundgebung in Hamburg
- Januar/Februar 1965**
Konferenz über die Notwendigkeit der Herabsetzung der Altersgrenze für Verfolgte
- Februar/März 1965**
Konferenz über Probleme der Vermittlung der Geschichte des Widerstandes und der Verfolgung
- Februar/März 1965**
15 Jahre „Tat“ – Festveranstaltung
- 5./6. März 1965**
Delegierten-Konferenz Bremen
- 6. März 1965**
Pressefest Hannover
- 27./28. März 1965**
Delegierten-Konferenz der VVN Niedersachsen
- 10./11. April 1965**
Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Buchenwald
- 16. April 1965**
Gedenkfeier für Ernst Thälmann in Hamburg
- 17./18. April 1965**
Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Sachsenhausen
- 17./19. April 1965**
Ostermarsch der Gegner der atomaren Bewaffnung
- 23./24. April 1965**
Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Ravensbrück
- 7. Mai 1965**
Jugendveranstaltung in Hamburg
- im Mai 1965**
Frauenkundgebung in Hannover
- 8./9. Mai 1965**
Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Dachau
- 10./11. Mai 1965**
Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Auschwitz
- 28./30. Mai 1965**
Bundeskongreß der VVN
- 13. Juni 1965**
Internationale Kundgebung in Paris

Sollen wir die persönlichen Leistungen beim **AUFGEBOT** anerkennen??!

Diese Frage wird in solchen Kreisvereinigungen in Niedersachsen diskutiert, die sehr krasse Unterschiede in den Werbeergebnissen haben!

Bei uns werden offensichtlich durch die hervorragenden Werbeleistungen einzelner Mitglieder (das sind vorwiegend Kameradinnen) andere Mitglieder (vorwiegend Kameraden) in ihrer Ruhe gestört. Die Erfolgsmeldungen bei der Mitglieder- oder Zeitungswerbung bringen Beweise auf den Tisch,

daß man was machen kann! Das sind sozusagen „harte Tatsachen“, die nicht wegzudiskutieren sind. Das sind Attacken auf die Selbstzufriedenheit jener, die sich in der gemütlichen Atmosphäre ihres häuslichen Friedens und in ihrem privaten Stundenplan gestört fühlen. Diese ach so beruhigende Parole „daß man nichts machen kann“ wird durch die Werbeergebnisse Buchstabe um Buchstabe zerstört.

Damit nun aber kein Mißverständnis entsteht, darf um der Gerechtigkeit willen nicht verschwiegen werden, daß alle Mitglieder wohl damit einverstanden sind, wenn in der Kreisvereinigung tüchtig geworben wird. Daß ist allen sehr recht und beleuchtet auch sie mit dem Sonnenstrahl des Erfolges. Damit ist wohl soweit keine Differenz unter den Mitgliedern festzustellen. Mit den Erfolgen sind schon alle einverstanden.

Aber sie möchten nicht (!), daß ihre Nichtbeteiligung ans Tageslicht kommt. Darum sind **diese Mitglieder** der Meinung, man solle nicht die persönlichen Werbeerfolge herausstellen (!). Sondern man solle alle Erfolge auf den Namen der Kreisvereinigung verbuchen. Damit kommen wir auf des Pudels Kern. Diejenigen, die den Erfolg schaffen, sollen anonym bleiben, damit unsere anderen Kameraden nicht ihre Schamhaftigkeit und Verlegenheit zeigen brauchen.



Der bessere Weg ist sicherlich der, wenn jeder mit Hand anlegt. Es kommt doch garnicht darauf an, großen Heldenruhm zu schaffen. Wir wissen doch auch, daß vor allem die Vielzahl der kleinen Werbeerfolge zu Buche schlägt. Darauf kommt es vor allem an, daß möglichst viele Mitglieder sich kleine Werbeziele beim Aufgebot stellen kleine Werbeziele, die sie auch erreichen. Wenn bei solcher Arbeit Kameradinnen und Kameraden den Durchbruch zu größeren Leistungen schaffen — nun gut, dann können wir solche Resultate doch nur mit freudiger Genugtuung begrüßen. Denn alles kommt doch schließlich unserer Bewegung zugute und stärkt unsere politische Kraft nach außen!

Das PETER-ENDES-AUFGEBOT soll uns neue zusätzliche Kräfte zuführen und unseren Einfluß ausbreiten. Wir wollen mehr politische Kraft gewinnen. Dazu benötigen wir auch — und es ist zu sagen: vor allem — den persönlichen Einsatz, den Arbeitseifer, eine echte Kampf Stimmung für den Wettbewerb. Und dazu gehört eben, daß auch die persönliche Leistung gewertet und öffentlich anerkannt wird. Es ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß möglichst viele Mitglieder und Angehörige begeistert werden für diese Aufgabe. Und daß die Zögernden und Selbstgerechten mitgerissen werden zu persönlichen Leistungen.

Wenn daß durch das PETER-ENDES-AUFGEBOT gelingt, würde es der VVN die Einleitung schaffen für eine Periode größerer politischer Erfolge.

A. B., Hannover

Erste Zwischenergebnisse im „Peter-Endes-Aufgebot“

Die guten Ergebnisse unseres Aufgebotes im letzten Jahr scheinen bei manchen Kameraden zu der Auffassung geführt zu haben, daß im Rahmen des „Peter-Endes-Vermächtnis-Aufgebotes“ sich sozusagen im Selbstlauf eine weitere Stärkung der VVN und eine Erhöhung der Abonnenten-Zahl vollzieht.

Allen Kameradinnen und Kameraden, die im vergangenen Jahr ihre ganze Kraft der Sache des Widerstandes widmeten, wünschen wir frohe Festtage, Gesundheit und Schaffensfreude für die großen Aufgaben im neuen Jahr.

Redaktion

„Stimme des Widerstandes“

Daß dem nicht so ist, hat sich inzwischen recht deutlich gezeigt und unsere Landes- und Kreisvereinigungen veranlaßt, sich intensiv mit der Bedeutung dieser Frage zu beschäftigen. Die ersten Zwischenergebnisse aus einigen Ländern liegen vor und sollten als Anreiz und Beispiel für alle Länder und Kreise dienen, die uns bis heute noch keine weiteren Erfolge melden konnten.

Niedersachsen — in der Vergangenheit mit 255 neuen Mitgliedern, 79 neuen „Tat“-Lesern und 60 „Tat“-Bestellungen für den Freiverkauf an der Spitze — konnte im November weitere 18 neue Mitglieder, 5 neue „Tat“-Leser und 33 zusätzliche „Tat“-Leser im Freiverkauf gewinnen. Wer wird sie bis zum 8. Mai einholen?

Aus Nordrhein-Westfalen wird uns gemeldet, daß insgesamt 109 neue Mitglieder gewonnen, 64 „Tat“-Leser und 5 Leser für die Monatszeitschrift „Der Widerstandskämpfer“ erworben wurden, sowie regelmäßig 48 zusätzliche Exemplare der „Tat“ im Freiverkauf abgesetzt werden.

DM 2.169,— konnten durch den Verkauf von Postkarten und Spendenschecks dem Solidaritätsfonds zugeführt werden. In der Mitgliederwerbung ist besonders

die VVN Essen hervorzuheben, die 25 jugendliche Mitglieder — Kinder von Verfolgten — für die VVN gewinnen konnte, mit denen sie regelmäßig Veranstaltungen durchführt.

Von der Saar liegt folgendes Zwischenergebnis vom 1. 7. — 1. 12. vor: Mitglieder 31, neue „Tat“-Leser: 20, Freiverkauf: 19, Solidaritätsfonds DM 315,—. VVN Baden-Württemberg, Neuaufnahmen: 30, Abonnenten für die „Tat“: 7, dem Solidaritätsfonds wurden zugeführt: DM 240,—.

Das beste Einzelergebnis hat bisher der Kreis Mannheim mit 12 Neuaufnahmen und 1 „Tat“-Abonnent erzielt. Aus Bayern liegt nur ein Einzelergebnis des Kreises Nürnberg vor, der bereits in der Vergangenheit weit an der Spitze lag. Hier die gemeldeten Zahlen:

Neuaufnahmen: 19, Bezieher für die „Tat“: 24, Freiverkauf: 40, Solidaritätsfonds DM 135,—.

Das sind die bisher vorliegenden Ergebnisse. Wir hoffen, in der nächsten Nummer von allen Ländern präzise Zwischenergebnisse zu haben, um so einen Überblick über den Gesamtstand in der Bundesrepublik geben zu können.

Erfolgreiche Veranstaltungen der VVN

Totengedenkfeiern im Lande Baden-Württemberg

Im Monat November wurden eine Reihe von Gedenkfeiern durchgeführt, die im Verhältnis zum Vorjahr sich allgemein durch eine wesentlich stärkere Beteiligung auszeichneten.

Am 15. November versammelten sich in Esslingen Mitglieder und Freunde der VVN, um am städtischen Ehrenmal auf der Pliensaubrücke durch eine Kranzniederlegung die Toten des deutschen Widerstandes zu ehren.

Am gleichen Tage versammelte sich in Schramberg eine stattliche Anzahl um die Gedenkworte des Kameraden Bechtle zu hören.

Vor dem Ehrenmal in Stuttgart-Feuerbach fand eine durch Chöre würdig umrahmte Gedenkfeier statt.

Die Kameraden des Kreises Böblingen gedachten auf dem Friedhof in Tailfingen der Toten.

In Ludwigsburg sprach der Kamerad Hauser an den Gräbern ermordeter Widerstandskämpfer.

Am 18. November führten sie ihre traditionelle Gräberfahrt an den Gedenk- und Märtyrerstätten im Kreise Ludwigsburg durch.

Am gleichen Tage fand in Freiburg eine gut besuchte und gut gestaltete Gedenkfeier statt, bei welcher Kamerad Stutz aus Karlsruhe die Gedenkworte sprach.

Am Totensonntag veranstaltete die VVN des Kreises Stuttgart aus Anlaß der zwanzigjährigen Wiederkehr des Sippenhaftmordes an der Familie Schlotterbeck und ihren Freunden in Stuttgart-Untertürkheim eine zentrale Gedenkfeier. Der

Gedenkfeier ging ein Schweigemarsch durch Untertürkheim voraus, an dem sich 800 Männer und Frauen beteiligten. Die Gedenkrede des Kameraden Lindner wurde durch Chöre und Rezitationen umrahmt. An der Feier nahm eine Delegation der FNDIRP Straßburg teil. Frieder Schlotterbeck und die Tochter Wilfriede von Gertrud Lutz waren ebenfalls anwesend.

Trotz ihrer Fahrt am 31. Oktober zum Struthof ließ es sich die Jugend nicht nehmen, zusammen mit den VVN-Kameraden aus den umliegenden Kreisen die traditionelle Gedenkfahrt zum KZ-Ehrenfriedhof in Bisingen durchzuführen. Dort sprach Kamerad Otto Wahl zu den zahlreich Erschienenen.

Die Kameraden der Kreise Waiblingen und Backnang hatten sich zu einer Gedenkfeier auf dem Friedhof in Welzheim vereinigt. Ein alter Häftlingskamerad aus diesem KZ, Willi Bechtle, fand gute Gedenkworte.

Die Reihe der Gedenkfeiern fand am 28. November in Heilbronn einen würdigen Abschluß: Diese Feier erhielt durch die Teilnahme einer starken Delegation aus den Reihen der ANACR, der FNDIRP und einer jüdischen Deportierten-Organisation aus Straßburg ihr besonderes Gewicht. Es wurden am Platze der ehemaligen Synagoge in Heilbronn; am Ehrenmal des KZ-Friedhofes in Neckargartach und in Neckarsulm-Amorbach Kränze niedergelegt. Abends 18 Uhr fand im Rathaushof vor der Ehrenhalle eine Totengedenkfeier statt, der ein Schweigemarsch vorausgegangen war. Nach den gedenkenden Worten von Pfarrer Joon sprachen zwei französische Kameraden und ein Vertreter der VVN.

Die Sängervereinigung Heilbronn umrahmte die Feier mit Chören. Anschließend waren die Heilbronner Kameraden mit ihren französischen Gästen bis zu deren Abfahrt gesellig vereint.

In **Heidelberg** fand an den Gräbern der hingerichteten Helden der Lechleitner-Gruppe die traditionelle Gedenkfeier statt.

Kamerad Stadtrat Locherer, Mannheim hielt die Gedenkansprache. Insgesamt beteiligten sich an diesen Gedenkfeiern an die 1800 Männer und Frauen.

Bayern

Es war vor allem die Jugend, die in **Dachau** und **Flossenbürg** der Opfer des nazistischen Terrors gedachte. 2000 Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, des Bayerischen Jugendrings sowie des Kreisjugendrings München zogen in einem Schweigemarsch vom Sühnmal zum ehemaligen Krematorium des Lagers Dachau.

Eine Abordnung israelischer Jugend legte einen Kranz vor dem Denkmal der namenlosen Häftlingen nieder. Die Gedenkansprache hielt der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg.

Im ehemaligen Lager Flossenbürg zogen rund 5000 Jugendliche aus allen Teilen Nordbayerns in einem Schweigemarsch über den ehemaligen Leidensweg der Häftlinge zum Hinrichtungsplatz in der Todesschlucht. An der Veranstaltung nahm auch eine Abordnung der amerikanischen Armee teil. Die Gedenkansprache hielt der Landesjugendpfarrer Karl-Heinz Neukamm.

Weitere Veranstaltungen in Bayern fanden vor dem West-Friedhof in **Augsburg** statt, bei der Kamerad Albert Boepple die Gedenkansprache hielt.

in **Hof** waren trotz strömendem Regen zahlreiche Besucher zu der Gedenkfeier der VVN gekommen. Im Auftrage der VVN Hof sprach Kamerad Emil Konhäuser, die Gedenkansprache hielt Kamerad Albert Boepple, Landessekretär der VVN Bayern.

Schleswig-Holstein.

In **Elmshorn** (Schleswig-Holstein) wurde am 7. November unter der Losung „Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Faschismus!“ ein Fackelzug mit anschließender Kundgebung durchgeführt. Hunderte von Menschen nahmen an dieser Veranstaltung teil und lauschten aufmerksam den Worten des Kameraden Stopwasser aus Hamburg. Wenige Tage zuvor, am 24. Oktober, demonstrierten Widerstandskämpfer und Jugendliche in **Rendsburg** gegen das geplante SS-Treffen. Der Landesvorsitzenden der VVN Kristen sowie der Landessekretär Lorenzen protestierten gegen die Aktivität der SS. Der Redner forderte das Verbot solcher Provokationen, die besonders zahlreich in Schleswig-Holstein stattfinden.

Stadtverwaltung **Leverkusen** berücksichtigt Anträge der VVN. Seit längerer Zeit fordert die VVN Leverkusen würdige Gedenkstätten für die in Leverkusen verstorbenen Fremdarbeiter und die Opfer des Faschismus sowie die Errichtung eines Ehrenhaines für die hingerichteten Leverkusener

Widerstandskämpfer. In einem Schreiben der Stadtverwaltung wurde der VVN mitgeteilt, daß diesen Anträgen entsprochen und in Kürze mit der Errichtung der Mahnmale und Gedenkstätten begonnen wird.

Kameradschaftsabende festigen die Gemeinschaft!

Aber sie könnten uns noch mehr Erfolg bringen!

In Niedersachsen haben wir in den letzten Wochen mehrere erfolgreiche Kameradschaftsabende zur Durchführung gebracht. In **Hildesheim** am 14. November, in **Emden** am 28. November und in **Helmstedt** am 5. Dezember 1964. Alle diese Abende waren gut vorbereitet und hatten auch einen guten Programmablauf. Zu den politischen Fragen wurden eingangs ausgezeichnete Worte gesagt und es wurden auch nicht vergessen, Entschließungen gegen die Verjährung und für die Amnestie der politischen Gefangenen anzunehmen. Es sind auch nicht unerhebliche Geldmittel eingegangen. Selbstkritisch müssen wir aber feststellen — das gilt für alle diese Veranstaltungen —: unsere antifaschistische Literatur wurde nicht angeboten. Es fand fast keine Werbung für unsere antifaschistische Presse statt. Die sympatisierenden Teilnehmer wur-

den nicht erfaßt für die Freundeskreise.

Wir holen also mit großem Fleiß die Menschen zusammen. Die Eingeladenen kommen und beweisen dadurch, daß sie uns nahe stehen. Und was machen wir damit. Wir unterhalten sie. Aber den nächsten Schritt — sie an uns fest zu binden durch Erfassung im Freundeskreis oder als Abonnent für die Zeitung usw. — den unterlassen wir.

Wir lassen diese Menschen also wieder in den Alltag zurückgehen — in den Alltag der Gleichgültigkeit, der Neutralität und noch schlimmer in den Alltag der Verhetzung und der Lüge.

Damit überlassen wir die Entscheidung ganz ihnen allein, ob sie wieder einmal zu uns kommen wollen oder nicht. Wir verlieren sie aus dem Auge (wenigstens einen Teil von Ihnen) und überlassen es dem Selbstlauf, wann wir ihnen wieder begegnen. Und das dürfte nicht sein!

Die Lehre ist: Nicht nur die Vorbereitung und das Programm sollten wir gründlich und gewissenhaft machen, sondern den Hauptzweck der Veranstaltungen darin sehen, die allseitige Werbung für die VVN, für den Freundeskreis und für unsere antifaschistische Presse gewissenhaft und gründlich mit vorzubereiten und durchzuführen.

A. B.

GESCHICHTS → **FORSCHUNG** → **VERMITTLUNG**

Wir dürfen nicht schweigen

Immer wieder haben wir hier darauf hingewiesen, daß wir uns die Schul- und Geschichtsbücher unserer Kinder oder Enkelkinder ansehen müssen. Es ist doch zumeist ungeheuerlich, was da in die Kinder an Hetze, an Unwahrheit, an Verleumdung eingepflegt wird. Heute wollen wir uns 2 Hefte: „Hagemanns Arbeitshefte für Gemeinschaftskunde“, Lehrmittelverlag Hagemann Düsseldorf, und das im gleichen Verlag erschienene „Geschichtliche Arbeitsheft“ Heft 4 „von 1919 bis zur Gegenwart“ ansehen. Da wird über die Ursachen die zum 2. Weltkrieg und die Rolle, die dabei die „Alldeutschen“ und die Rüstungsindustrie spielten, kein Wort verloren. Dasselbe gilt für den 2. Weltkrieg. Daß die Weimarer Republik bereits in ihrer Geburtsstunde den Todeskeim in sich barg, weil „die Generale blieben“, die Freikorps, die schwarze Reichswehr und die ganze Reaktion uneingeschränkt wühlen und hetzen konnte, wird verschwiegen. Verschwiegen werden die Verbrechen, die Hitler-Deutschland in den überfallenen Ländern beging, verschwiegen die Ermordeten, verschwiegen wird der Widerstand der Arbeiterbewegung. Nichts

wird gesagt über die Konzentrationslager in Deutschland und Europa, nichts liest man von Auschwitz, Lidice, Oradour, Brendonk usw.

Dafür aber wird umso mehr von der „Vertreibung“ gesprochen, und wie ein roter Faden zieht sich durch die beiden „Lehrhefte“ der Antikommunismus. Da wird zwar Spanien als eine rechtsgerichtete Regierung (nicht Diktatur!) bezeichnet, aber eben als eine antikommunistische! Man liest kein Wort über die Unterdrückung der um ihre Freiheit ringenden Kolonialvölker, kein Wort über die Rassenverfolgungen in den USA. Und es versteht sich am Rande, daß über die DDR hergezogen, aber über die reaktionären Tendenzen in der Bundesrepublik, über das „Seßhaftmachen“ der alten Nazi und ihren Einfluß kein Wort verloren wird.

Der Tenor solcher „Lehrbücher“, der oft geschickt verbrämt wird, verlangt von den Widerstandskämpfern, daß sie sich an Ort und Stelle, in der Schule, im Elternbeirat, vor allen Dingen aber auch in Verbindung mit den Jugendorgani-

sationen mit dieser Geschichtsdarstellung auseinandersetzen. Dabei müssen wir daran denken, daß unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik keine Schulbehörde – selbst wenn es eine wollte – ein objektives Bild über das 3. Reich, seine Zusammenhänge und die Widerstandsbewegung in ihrer Gesamtheit geben kann. Was bisher in die Jugend über diese Fragen hineingetragen wurde, kam von außen.

Und darin liegt unsere große Verantwortung.

Da hat der Landesjugendring Rheinland-Pfalz in den Jahren 1963/64 eine „Aktion Geschichtsbücher“ durchgeführt. Sie bezweckte die Überprüfung der „Vorgeschichte und der Geschichte des Dritten Reiches“ der im Lande Rheinland-Pfalz zugelassenen Lehrbücher. Es soll hier nicht untersucht werden, mit welchen Maßstäben die Kommission des Landesjugendringes an die Wertung der Bücher herangegangen ist. Herausgegriffen werden soll aber die Kritik an dem Buch: „Der Mensch im Wandel der Zeiten“ (Ausgabe B vom 7. Schuljahr an) Georg Westermann-Verlag, das in dem berühmtesten Wehrmachts-Jargon über den „Blitzkrieg im Osten“ sagt:

„Das polnische Heer war viel kleiner und längst nicht so gut ausgerüstet wie das deutsche. Mit gewaltiger Überlegenheit drangen die deutschen Heeresäulen von Ostpreußen und Schlesien aus in Polen ein und vereinigten sich in dem Raum hinter der polnischen Hauptstadt Warschau. Das ging mit atemberaubender Schnelligkeit vor sich; man sprach daher von dem „Blitzkrieg“ in Polen.
Polen war nach 18 Tagen niedergeworfen.“

In diesem Ton wird den Kindern das niederträchtige Verbrechen Hitlers und seiner Generale am polnischen Volk schmackhaft gemacht. Und so etwas darf man sich – kaum 20 Jahre nach der Niederwerfung des Verbrecher-Regimes, – schon wieder erlauben.

So ergibt sich doch wohl von selbst die Aufgabe, gerade auch im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Befreiung – vor allen Dingen die Jugend über die tatsächlichen Ereignisse von 1933–1945, ihre Zusammenhänge und Schlußfolgerungen aufzuklären, um der Geschichtsfälschung entgegenzutreten.

Und jetzt schon sollten wir beginnen, Unterlagen über den Widerstand in der Stadt oder im Kreis zusammenzutragen, um auch am Beispiel von Persönlichkeiten der Widerstandsbewegung der Jugend die Repräsentanten des wahren Deutschland, wahres Heldentum zu zeigen.

O. M., Frankfurt

Bücher für den Weihnachtstisch

Widerstandskämpfer sind eigenartige Menschen. Selbst zu Weihnachten ordnen sie sich nicht der konformistischen Auffassung unter, solche Bücher zu schenken, in denen die Autoren sich um die Probleme des Tages herumschleichen, um zum trauten Kerzenschimmer den adäquaten Lesestoff zu liefern.

Deshalb mögen die angeführten Buchtitel einer Reihe interessanter und bemerkenswerter Neu- oder auch Alt-Erscheinungen nicht jedermanns Geschmack sein. Aber alle angeführten Bücher schneiden in verschiedenartiger Form Fragen der „unbewältigten Vergangenheit und Gegenwart“ an und können bei der Aufklärung unserer Nachbarn, Freunde und Familienangehörigen von Nutzen sein.

Günther Weisenborn

Der gespaltene Horizont
Niederschrift eines Außenseiters
Kurt-Desch-Verlag, München
376 Seiten, Ganzleinen
Preis DM 19.50

Günther Weisenborn ist vielen unserer Kameraden durch das Drama „Die Illegalen“ oder auch durch seinen Widerstandsroman „Der Verfolger“ bekannt. Er hat nie ein Hehl aus seiner sozialistischen Weltanschauung gemacht, die ihn zu einem erbitterten Gegner des Nationalsozialismus werden ließ. 1942 wurde er verhaftet und in das Zuchthaus Brandenburg eingeliefert, aus dem er 1945 durch die Sowjet-Armee befreit wurde.

Weisenborn ist ein vielgereister Mann mit der seltenen Gabe, das Erlebte auch nach vielen Jahren plastisch gestalten und dem Leser ein lebendiges Bild der verschiedenen Stationen seines Lebens geben zu können. Am stärksten sind die Abschnitte, in denen er Ausschnitte aus dem Kampf gegen den Faschismus niederschreibt, wie z. B. den gemeinsamen Besuch mit Bert Brecht im Zuchthaus Brandenburg lange Jahre nach der Befreiung.

Nicht frei von Schwächen dagegen sind die Städte-Skizzen, in denen der Versuch gemacht wird, sozusagen die Seele der Städte Paris, London usw. bloßzulegen. Ein schwieriges Beginnen, das in Konflikt mit der simplen Tatsache gerät, daß eine Stadt eben viele Seelen hat. Nicht ganz so ernst nehmen sollte man den sicherlich ironisch gemeinten Untertitel „Niederschrift eines Außenseiters“. Gerade das vorliegende Buch beweist, daß Weisenborn nicht aus der Perspektive des Elfenbeinturmes schreibt, sondern mitten im Strom des Lebens schwimmt und dem Leser die Notwendigkeit des „Dazugehörens“ vermittelt.

Iwan St ad n j u k
Menschen sind keine Engel
Droemer Verlagsanstalt,
Th. Knauer Nachfolger, München
256 Seiten, Roman
Preis DM 10.80

Das vorliegende Buch ist nur der erste Teil eines längeren Romanwerkes des jungen sowjetischen Schriftstellers Iwan Stadjuk, das erstmals 1962 in der sowjetischen Zeitschrift „Newa“ veröffentlicht wurde und allenthalben Aufsehen erregte. Hier ist ganz im Stile eines Scholochow das Leben in einem kleinen ukrainischen Dorf während der Zeit der Kollektivierung beschrieben. Der Autor beschränkt sich jedoch nicht auf die Darstellung der äußeren Erscheinungsformen, hervorgerufen durch die technische Entwicklung, sondern er schaut den Menschen ins Herz. Ohne Beschönigungen beschreibt er die Auswirkungen des Personenkultes, die einen der Helden seiner Erzählung, Platon, in die Arbeitslager am Eismeer führt und seinem Sohn Pawlik eine Karriere als Flieger unmöglich macht. Nach einem fingierten Verhör stellt er fest: „Der Wahn der Unfehlbarkeit erwärmt die Seele des Herrschers, ein Wahn, der genährt wird von der Schmeichelei der einen und von dem durch Todesfurcht erzwungenen Schweigen der anderen.“

Obwohl er selbst sein Leben opfert, hat er den Glauben an die neue Zukunft nicht verloren. „Die Zeit“, so spricht er zu seinem Freund, „dieser weise Lehrer und große Arzt, schreitet voran. Die neue Zeit? Sie lehrt mit Güte und heilt mit Behutsamkeit.“

Bedauerlich ist, daß der folgende Teil des Romans noch nicht in deutscher Übersetzung erschienen ist, und so der Eindruck des Bruchstückhaften überwunden wird.

So wertvoll dieser Roman zum Verständnis der Entwicklung in der Sowjetunion ist – so abwegig ist die Einführung des Verlags. Es scheint, daß in der Bundesrepublik jedem Leser sowjetischer Literatur erst mit erhobenem Zeigefinger die notwendige Dosis Antikommunismus verpaßt werden muß, bevor man ihm die Möglichkeit gibt, sich selbst mit dem Stoff zu beschäftigen. Was sollen solche Sätze wie etwa:

„Viel eher lassen sich die Armen – arm, weil sie faul oder dumm waren – für die 'neue Ordnung' gewinnen. Sie, die nichts zu verlieren haben, werden nun die Aktivisten. Und weil ihnen die Reichen im Wege stehen, und weil gerade deren Land, Viehbestand, Ackergerät und Vorrat an Saatgut den Besitz des Kollektivs erst fett machen würde, müssen die Reichen, die Kulaken, beiseite gehen.“

Hier kann man nur sagen: „Hättest Du geschwiegen, so wärest Du ein Philosoph geblieben.“ Aber schließlich kauft man Bücher nicht wegen eines Vorworts sondern wegen deren Inhalt. Vielleicht kann sich der Verlag entschließen, bei einer Neuauflage das Vorwort zu streichen. Die Anzahl der Leser würde sich dadurch sicherlich wesentlich erhöhen.

Jozef Makowski
Wehrmachtsgefolge
Henssel-Verlag, Berlin
574 Seiten, Ganzleinen

Das aus dem Polnischen übersetzte Buch berichtet über die Geschichte eines jungen polnischen Juden, der sich zusammen mit seinem Freund „arische“ Pässe beschafft und als Arbeiter in Wehrmachts-Uniform in den Werkstätten des Lagers Treblinka unterkommt. Mit den Papieren eines Luftwaffenabstabs fährt er, als die Entdeckung droht, nach Wien und Paris, beschafft sich andere Ausweise und schlägt sich so bis Ende des Krieges durch.

Die Erlebnisse des jungen Makowski und seines Freundes sind so phantastisch, daß sie kaum glaubhaft wären, wenn es nicht genügend Zeugen für die Echtheit des Niedergeschriebenen gäbe. Die besondere Wirkung des Buches liegt in der distanzierten Art, wie der Autor Geschehnisse und Menschen beschreibt. Haß gegen den Faschismus und Liebe zu den Menschen trotz ihrer Unzulänglichkeiten machen das Buch lesenswert und regen zum Nachdenken an.

Joseph E. Drexel
Der Fall Niekisch
Verlag Kiepenheuer & Witsch
208 Seiten, gebunden

Der erschütternde Fall des bekannten Antifaschisten, der, fast erblindet, 75jährig, noch immer um die Anerkennung seiner Wiedergutmachungsansprüche für den geleisteten Widerstand kämpft. Das Buch behandelt nicht nur den „Fall Niekisch“, sondern auch die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik.

Joseph Wulf
Aus dem Lexikon der Mörder
Sigbert Mohn-Verlag, Gütersloh
110 Seiten, gebunden

Viele wollten den Film „Nackt unter Wölfen“ sehen

Es ist noch gut in unser aller Erinnerung, welch großes Aufsehen der Film „Nackt unter Wölfen“ bei seiner Uraufführung in der Bundesrepublik erregte. Durch ihn wurde die Verbindung zwischen dem kleinen Jusu und seinen Rettern im Konzentrationslager Buchenwald wieder hergestellt. In vielen Ländern der Erde ist der Film bisher gelaufen, nur in der Bundesrepublik mußte sich die Vorführung bisher auf geschlossene Gesellschaften beschränken. Wie groß das Interesse für diesen Film nach dem Besuch von Bruno Apitz ist, zeigen die Veranstaltungen, die in den letzten Tagen von Seiten der VVN in der Bundesrepublik durchgeführt wurden.

Mehrere tausend Besucher kamen insgesamt zu den Veranstaltungen. Der Film lief in **Mannheim**, in **Düren**, in **Kiel**, in **Leverkusen**, in **Westberlin**, in **Stuttgart** war der Veranstalter die israelische Kultusgemeinde, in **Nürnberg** die Ge-

Dokumente, die die Pervertierung bestimmter Begriffe durch die Nationalsozialisten aufzeigen. Die Publikation erklärt, was „Sonderbehandlung“ und „Sonderkommando“ tatsächlich bedeuten.

Robert M. W. Kempner
SS im Kreuzverhör
Rütten & Loening-Verlag, München
304 Seiten, broschürt

Eine der wichtigsten Neuerscheinungen über die Rolle der SS und eine Antwort an alle diejenigen, die behaupten, die SS sei „nur ein vierter Wehrmachtteil“ gewesen. Eine ausführlichere Würdigung folgt in der nächsten Nummer.

Reinhard Henkys
Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen
Kreuz-Verlag, Stuttgart-Berlin
392 Seiten, Ganzleinen
Preis DM 12.80

Henkys gibt trotz der konzentrierten Form seines Buches einen umfassenden Einblick in das System und die Hintergründe der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Er beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Absätze I. Voraussetzungen zum Massenmord; II. Die Mordaktionen; III. Bilanz der Opfer, sondern er behandelt in den Absätzen IV und V auch die nach 1945 durchgeführten Prozesse und in VI die Schlußfolgerungen, die auf juristischer und moralischer Ebene zu ziehen sind.

Das Buch ist durch seinen umfangreichen Anhang mit der als Quellenmaterial benutzten Literatur ein unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden, der einen tiefen Einblick in die Problematik der nazistischen Gewaltverbrechen gewinnen will. Präses D. Kurt Schaf hat das Vorwort geschrieben, Professor Dr. Jürgen Baumann einen zusätzlichen Beitrag geliefert, für die Herausgabe sei Herr Dietrich Goldschmidt Dank gesagt.

werkschaftsjugend und in **Düsseldorf** der Jugend-Club 59.

Für die kommenden Wochen liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor. Wir bitten deshalb alle Kreisvereinigungen, die diesen Film vorführen wollen, um schnelle und rechtzeitige Bestellung.

Auschwitz-Ausstellung in Frankfurt/Main

Mit Hilfe und Unterstützung des Internationalen Auschwitz-Komitees stellte der Frankfurter Bund für Volksbildung ausgezeichnetes Anschauungsmaterial für eine Auschwitz-Ausstellung zusammen. Die Bildtafeln in der Frankfurter Paulskirche beginnen mit dem Jahr 1933, den Verfolgungen von Antifaschisten und Juden in Deutschland. In den weiteren Räumen sind grauenhafte Fotos aus dem Auschwitz-Museum zu sehen, daneben jedoch auch – und dafür muß man dem Bund für Volksbildung dankbar sein – Dokumente, die die Verantwortung der Industrie, vor allem

der IG-Farben, und die Sklavenarbeit und Vernichtung von Millionen Menschen nachweisen. Auf Betreiben der Verteidiger der im Auschwitz-Prozeß Angeklagten mußten die Bilder der Mulka, Kaduk usw. entfernt werden, angeblich weil sie die „Objektivität“ der Zeugen erschüttern könnten.

Einen Skandal gab es gleich bei der Eröffnung. Auf Betreiben gewisser antikomunistischer Psychopathen und bedauerlicherweise auch des Frankfurter Oberbürgermeisters Brundert wurde der Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Professor Waitz aus Straßburg, nachträglich als Redner eingeladen, obwohl man sich am klaren sein mußte, daß durch diesen unerhörten Vorfall gerade diejenigen brüskiert werden mußten, die man zu ehren vorgab. Trotz dieser unerfreulichen Nebenerscheinungen – oder vielleicht gerade deshalb – übertraf die bisherige Zahl der Besucher bei weitem die Erwartungen. Mehr als 50.000, vor allem jugendliche Besucher standen atemlos und nachdenklich vor den Fotos, die uns mit der noch gar nicht allzu weit zurückliegenden Vergangenheit konfrontieren. Die Ausstellung wird im neuen Jahr in einer Reihe weiterer Großstädte der Bundesrepublik gezeigt werden. Wir hoffen, daß sie auch dort denselben erzieherischen Erfolg wie in Frankfurt haben wird.



Die internationale Tätigkeit der VVN

In den letzten Nummern der „Stimme des Widerstandes“ haben wir verschiedentlich Berichte über das Auftreten von VVN-Vertretern im Ausland gebracht. Erinnerung soll noch einmal werden an unsere Delegation, die Jugoslawien bereiste und in Verhandlungen mit dem jugoslawischen Verband eintrat. An anderer Stelle dieser Ausgabe wird über den Besuch einer Delegation beim sowjetischen Verband der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Partisanen berichtet. Wir schrieben auch kurz über die Teilnahme eines VVN-Vertreters bei den großen Feierlichkeiten zur 20. Wiederkehr des Slowakischen Nationalaufstandes in der CSSR. Inzwischen erreichte uns ein Schreiben unseres Bruderverbandes, der darin seinen Dank für das

VVN-Delegation weilte in der Sowjet-Union

Auftreten unseres Kameraden Sepp Gall ausspricht. Aus Anlaß der Wiederkehr der Verhaftung von hunderten Professoren und Studenten in der Tschechoslowakei und ihrer Deportation nach Sachsenhausen weilte eine VVN-Delegation in Prag. In einer Festsitzung der Karls-Universität wurde unseren Kameraden eine Gedenkmedaille überreicht als Anerkennung des mutigen Kampfes der deutschen Widerstandskämpfer.

Dem 7. Bundeskongreß unseres österreichischen Bruderverbandes übermittelte das Präsidium die herzlichsten Grüße der Verbundenheit im Kampf um die Durchsetzung unserer gemeinsamen Ideale.

Ein alter Dachauer, unser Kamerad August Hey, wird das Präsidium der VVN auf dem Nationalkongreß der belgischen Amicale der ehemaligen Dachauer am 12./13. Dezember vertreten, wozu wir eine Einladung erhielten.

Am gleichen Tag wird in Paris die Kermesse der Deportierten eröffnet, wo die deutschen Kameraden wie in den vergangenen Jahren mit ihren Spenden vertreten sein werden. Besonders die Kreise in Nordrhein-Westfalen, die in Patenschaft mit den Pariser Bezirken stehen, haben sich hier engagiert.

Von unserem rumänischen Bruderverband erhielten wir wieder die schon traditionell gewordene Geschenksendung mit Produkten der rumänischen Volkskunst, deren Verkauf uns bei der Finanzierung unserer Kinderferienaktion immer eine fühlbare Hilfe war.

Eine erste Summe von DM 1.800,— wurde zur Unterstützung des Kampfes um Freiheit und Demokratie in Spanien an die zuständigen Stellen in Frankreich übergeben. Das Geld stammt aus dem Verkauf der Schallplatten mit den Liedern der Internationalen Brigaden. Unsere spanischen Freunde danken allen deutschen Kameraden recht herzlich für die erwiesene Solidarität. Große Beachtung in den Kreisen der spanischen Demokraten hat auch die kameradschaftliche Verbundenheit gefunden, die in der großen Internationalen Kundgebung am 26. September in Frankfurt/Main ihren Ausdruck fand, wo einige hundert spanische Gastarbeiter sich aktiv beteiligten.

Am 9. und 10. Dezember tagt das Büro der FIR und vom 11./13. Dezember der Generalrat in Wien. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Aktionen anläßlich des 20. Jahrestages der Befreiung — der Anteil der internationalen Widerstandsbewegung im Kampf um die friedliche Koexistenz — gegen das Treiben der Faschisten und Militaristen und die Fragen des gemeinsamen Vorgehens der Opfer des Faschismus mit den Frontkämpfern und Opfern des Krieges. Ferner werden Probleme der Wiedergutmachung und der sozialmedizinischen Erkenntnisse, die Kinderferienaktion, sowie Fragen der Geschichtsforschung behandelt.

Einen Bericht werden wir in der nächsten „Stimme“ bringen

Auf Einladung des sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen, der im gesellschaftlichen und politischen Leben eine maßgebliche Funktion ausübt, weilte vom 28. 10. — 10. 11. 1964 eine Vertretung des Präsidiums der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) der Bundesrepublik Deutschland in der Sowjet-Union.

Die Vertretung der VVN, bestehend aus den Präsidenten Dr. J. C. Rossaint und Willi Cronauer, dem Geschäftsführer Max Oppenheimer und den Landessekretären Hans Ruess und Josef Portner, wurde im Haus des Verbandes der Kriegsveteranen — Präsident Marschall Timoschenko — herzlich begrüßt. Vizepräsident Generalleutnant Schatilow brachte die ideelle und menschliche Verbundenheit des sowjetischen Volkes mit den Vertretern des deutschen Widerstandes zum Ausdruck. Seiner Meinung nach seien die VVN durch ihre Haltung und Tätigkeit beispielgebend für die demokratisch gesinnten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Oberst a. D. Nikitin erläuterte in kurzen Worten die Tätigkeit des sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen und wünschte der Delegation der VVN einen vollen Erfolg ihrer Reise. An der Begegnung nahmen von sowjetischer Seite außerdem der ehemalige General Tjulnew, der ehemalige Generalleutnant Lukin, der in einem nazistischen Konzentrationslager war und heute die Sektion der Kriegsverehrten in dem sowjetischen Verband leitet, sowie der verantwortliche Sekretär der Organisation, der ehemalige Flieger Alexej Maressjew, teil.

Präsident Dr. Rossaint dankte für die Einladung und das bekundete Vertrauen in die VVN. Sowohl er, als auch Präsident Cronauer und Geschäftsführer Oppenheimer unterstrichen die Entschlossenheit der VVN, auch weiter die Ideale des Widerstandes aufrechtzuerhalten und für Verständigung und Frieden, für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR einzutreten, sowie nicht nachzulassen in der Bekämpfung jeglicher Form des Nazismus und Militarismus.

Als Zeichen der Anerkennung wurden den Vertretern der VVN Ehrenabzeichen des Sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen verliehen. Die VVN übergaben einen Bildband mit Zeichnungen und Holzschnitten des antifaschistischen Malers Prof. Otto Pankok.

In den ersten Tagen des Besuches hatte die Delegation Gelegenheit, Einblick in das Leben der sowjetischen Bevölkerung zu nehmen.

Außerdem wurden die Vertreter der VVN vom stellvertretenden Minister für soziale Fragen der Russischen Förderativen Sowjet-Republik Aralow empfangen,

in dessen Diensträumen ein angeregter Meinungsaustausch über Fragen der sozialen Fürsorge, der gesundheitlichen Betreuung der Kriegsveteranen und Invaliden stattfand.

Ein Besuch bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mußte ausfallen, da der Delegation erklärt wurde, daß kein Botschaftsmitglied zeitlich in der Lage sei, die Vertreter der VVN zu empfangen.

Anschließend besuchten die Vertreter der VVN Wolgograd, in deren Straßen die Entscheidungsschlacht des zweiten Weltkrieges geschlagen wurde. Am Ehrenmal auf dem blutgetränkten Mamajow-Hügel ehrten die Vertreter der VVN die 2 Millionen Gefallenen der Jahre 1942/43 durch die Niederlegung eines Kranzes mit einer Schleife in den Farben der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend besichtigte die Delegation das gewaltige Wasserkraftwerk an der Wolga, die Sehenswürdigkeiten der Stadt einschließlich des von der DDR gestifteten Planetariums und des historischen Museums. In anregenden und aufschlußreichen Gesprächen mit Vertretern des Verbandes der Kriegsveteranen, Schülern der Pädagogischen Hochschule und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtsowjets wurden Meinungen über das Leben und die Entwicklung in beiden Ländern ausgetauscht. Es herrschte allgemein Übereinstimmung darüber, daß solche Kontakte verstärkt werden sollten, um einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten.

Vom gleichen Geist war die Unterhaltung mit den Kriegsveteranen in Leningrad getragen. Im Rahmen einer Besichtigungsfahrt durch die herrliche Stadt an der Newa wurde im dortigen Heldenfriedhof ein Blumengebinde als Ausdruck der Ehrerbietung und des Friedenswillens niedergelegt.

Nach Moskau zurückgekehrt, hatte die Vertretung der VVN die Möglichkeit, an den Festlichkeiten anläßlich des sowjetischen Nationalfeiertages, der 47. Wiederkehr der Oktober-Revolution, teilzunehmen. Die letzten Tage waren ausgefüllt mit der Besichtigung des sagenhaften Zarenschatzes und der historischen Kirchen im Kreml, der Tretjakow-Galerie und der modernen Vororte Moskaus.

Zum Abschluß des Besuches in der Sowjet-Union fand eine weitere Besprechung mit dem Vorstand des sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen statt.

Die Ergebnisse der Studienreise wurden beraten und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit beider Verbände besprochen. Die Übereinstimmung in Grundfragen der Widerstandsbewegung fand in folgender **gemeinsamer Erklärung** ihren Niederschlag:

Gemeinsame Erklärung des sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen und der VVN in der Bundesrepublik Deutschland.

1) Ausgehend von gemeinsamen Erfahrungen im Kampf gegen Faschismus und Krieg stellen die Vertreter des Sowjetischen Komitees der Kriegsveteranen und der VVN in der Bundesrepublik Deutschland übereinstimmend fest, daß es das Bestreben der ehemaligen Kriegsteilnehmer, der Widerstandskämpfer und Leidtragenden der faschistischen Diktatur ist, den Kampf um die Erhaltung des Friedens, für die Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern, insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz fortzusetzen.

2) Die Vertreter der beiden Verbände sind der Auffassung, daß die Aufklärung über und die Tätigkeit gegen das Auf-

leben aller Formen des Nazismus, Militarismus und Revanchismus verstärkt werden müssen.

Ebenso halten es die Vertreter der beiden Verbände für ihre Pflicht, alle Anstrengungen für eine allgemeine Abrüstung zu unterstützen. Sie treten deshalb für ein Verbot der Produktion, Lagerung und Nutzung der nuklearen Waffen ein und wenden sich gegen eine Eingliederung der Bundeswehr in die geplante Multilaterale Atomstreitmacht. 3) Es ist die Auffassung und die Aufgabe beider Verbände, dafür einzutreten, daß alle offenstehenden und strittigen Fragen im Leben der Staaten und Völker durch Verhandlungen gelöst werden müssen.

In derselben Richtung liegt auch die Notwendigkeit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit dem Ziel, eine echte Verständigung herbeizuführen.

4) Die Vertreter der beiden Verbände vertreten die Meinung, daß die Tätigkeit der SS sowie der revanchistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland dem geltenden Völkerrecht widerspricht und deshalb untersagt werden müsse.

5) Die Vertreter beider Verbände wenden sich entschieden gegen eine Anwendung der gegenwärtigen Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland bei Fragen der Verjährung auf nazistische Gewaltverbrechen. Die vorgesehene Verjährung im Jahre 1965 widerspricht unseren Grundsätzen von Moral und Gerechtigkeit.

6) In Erfüllung des Vermächnisses des antifaschistischen Kampfes im Dienste des Friedens und der Völkerfreundschaft werden die Vertreter beider Verbände vereinbaren:

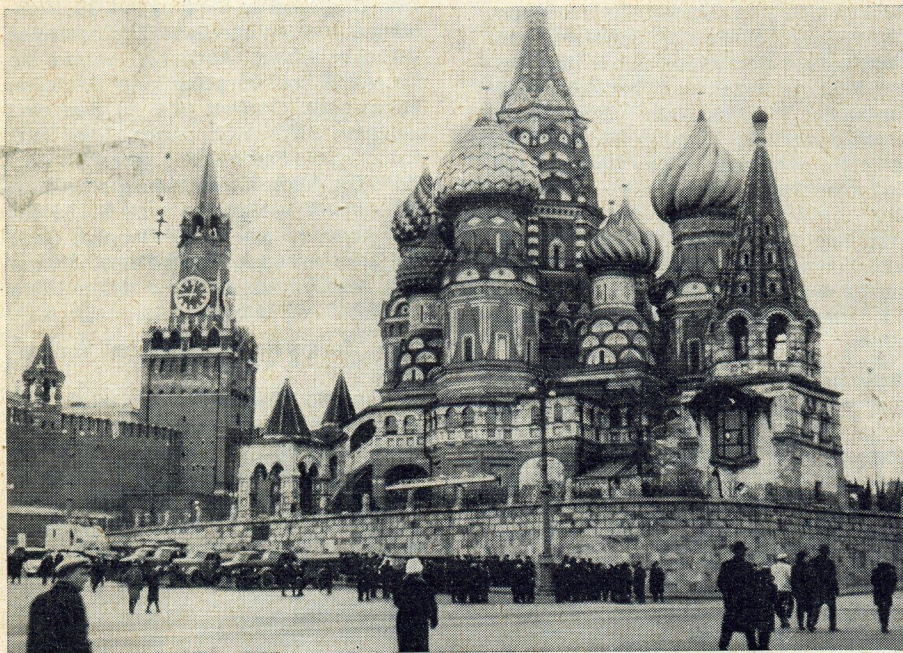
a) gemeinsame Erklärung zu aktuellen Fragen von beiderseitigem Interesse,

b) gegenseitige Zusendung von Dokumenten, Veröffentlichungen und Zeitschriften sowie Informationen über die Tätigkeit beider Verbände,

c) Austausch von Filmen, Ausstellungen etc. sowie von Referenten, vor allem anlässlich der Gedenktage des Widerstandes und im Zusammenhang mit der Durchführung der Veranstaltungen zum 20. Jahrestag der Befreiung im Jahre 1965.

d) Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Widerstandsbewegung bei anderen Aktionen, die der Verständigung und dem Frieden sowie der Aufklärung über die Gefahr des Nazismus und Militarismus dienen.

Moskau, den 9. November 1964



Blick auf den Kreml und die Basilius-Kathedrale



Vor dem Wasserkraftwerk in Wolgograd

Leser schreiben uns:

Zu Besuch in der DDR

Eine Studiengruppe der VVN weilte dieser Tage in der DDR, um sich ein objektives Bild über die wirtschaftlich-politische und soziale Entwicklung in dem Ostteil unseres Vaterlandes zu machen. Alle Teilnehmer der 13köpfigen Reisegesellschaft sind einmütig der Auffassung, daß ihnen dies dank der selbstlosen Unterstützung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR gelungen ist.

Es wurden besichtigt:

Das ehemalige KZ Sachsenhausen-Oranienburg, der Ostteil der Stadt Berlin. Weiter die Stadt Zwickau, hier: Betriebe, städtische Einrichtungen, Schulen, ein Klubhaus für Rentner, ein Nachtsanatorium für Bergarbeiter, das Autowerk Sachsenring und eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG). Es war Sonntag früh. Mit einem Kleinbus fuhren wir Richtung Karl-Marx-Straße (früher Stalin-Allee). Dies war die erste Prachtstraße, die in Berlin gebaut wurde. Weder das Bausystem, noch der Baustil werden heute noch angewandt. Die links und rechts der Karl-Marx-Straße ausgebauten Straßen, sowie deren Verlängerung bis zum Alexanderplatz, sind aus vorgefertigten Bauteilen errichtet. Die schönen, weiß gekachelten Hochhäuser mit den abwechselnd bunten Balkonen, den breit angelegten Straßen, vermitteln ein imponantes, friedliches Bild. Die Krönung dieses Bauabschnittes bildet am Alexanderplatz das 13stöckige Hochhaus „Haus des Lehrers“ mit seinen bunten Mosaiken gearbeiteten Bildern, die Aufgaben des Lehrers in der DDR symbolisiert.

Wer die Trümmerstadt Berlin kannte, ist überrascht über diese Aufbauleistung, die ohne fremde Hilfe, mühevoll aus eigener Kraft geschaffen wurde.

KZ Sachsenhausen:

In schneller Fahrt näherten wir uns Oranienburg, wo sich einst das KZ „Sachsenhausen“ befand, die Todesstätte von 100 000 politisch, rassistisch und religiös Verfolgten, sowie polnischen und sowjetischen Kriegsgefangenen. Majestätisch ragt das 41 m hohe Mahnmal empor. Davor befindet sich eine Plastikgruppe, die befreite Häftlinge darstellt. Unter der Führung eines ehemaligen Häftlinge besichtigten wir das ehemalige Lager. Über dem Eingangsgebäude, welches noch in seiner ursprünglichen Form erhalten ist, stehen die Worte: „Schutzhaftlager“.

Von den 51 Baracken sind nur noch die Küche, die Wäscherei, sowie die Baracke für jüdische Häftlinge erhalten. In der ehem. Küche ist heute ein Lager-Museum eingerichtet, mit Dokumenten, Zeichnungen und Darstellungen aus dem Widerstand der Häftlinge gegen ihre Henker.

Ein Bild erregte besonders unsere Aufmerksamkeit:

Eine Gruppe von jungen jüdischen Häftlingen sollte einzeln erschossen werden. Da belehrten sie ältere politische Häftlinge sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. So stürzte sich die ganze Gruppe mit bloßen Fäusten auf ihre Henker, die überrascht über diesen Widerstand von ihnen abließen. Das war ihre Rettung. Auch die Baracke, wo prominente Persönlichkeiten, darunter Pastor Niemöller, gefangen gehalten wurden, besichtigten wir. All die teuflischen Methoden zu schildern, mit denen die Gefangenen gequält wurden, würde Bände von Büchern ergeben. Aber ein abgefemtes Schurkenstück der SS soll noch erwähnt werden. In dem Gelände, wo die jüdischen Häftlinge untergebracht waren, befand sich eine Grünanlage mit einem Blumenbeet. Nach der Befreiung entdeckte man dort einen durch das Blumenbeet getarnten unterirdischen Betonbunker. Durch ein Einstiegloch brachte man die Todeskandidaten mittels einer Leiter in den Bunker. Hier ließ man sie dann langsam verhungern. Der Bunker besteht noch in seiner ursprünglichen Form. Ebenso der Erschießungsgraben mit einem 4fach mechanischem Galgen.

Schaudernd verließen wir die grausige Stätte.

Besichtigung der Grenze am Brandenburger Tor:

Major Ganßauge, der verantwortliche Kommandant empfing uns freundlich und hielt einen kurzen Vortrag über die Ursache, die zu dem Bau der Mauer führte. Währungsspekulanten aus West-Berlin benutzten den freien Verkehr zwischen beiden Teilen Berlins zu betrügerischen Geschäften. Agentenorganisationen betrieben von West-Berlin aus ihr verbrecherisches Werk. Sie hetzten das Volk auf, legten Brände an wertvollen Objekten, (Schlachthaus Berlin), um die Fleischversorgung lahmzulegen, sowie an anderen landwirtschaftlichen Objekten in der DDR. Sie organisierten Averbung von wertvollen Fachkräften für die West-Berlin-Industrie und für West-Deutschland. Im Europahaus in West-Berlin unmittelbar an der Sektorengrenze ist der Sitz von 18 Landsmannschaften, die mit ihrer revanchistischen Politik die DDR zu unterminieren versuchten. Da der Verkehr in Berlin vor dem Bau der Mauer zwischen beiden Sektoren frei war, konnten sie dieses Ziel ungehindert verfolgen. Mit dem Bau der Mauer wurden alle Anschläge auf Ost-Berlin und die DDR mit einem Schlag unterbunden. Durch Sabotage, Brandstiftung und besonders durch die Währungsspekulation wurde der DDR ein Schaden von ca. 30 Milliarden DM zugefügt. Nachdem wir vom Brandenburger Tor aus einen Blick über die Mauer nach West-Berlin geworfen hatten, entfernten wir uns beeindruckt von den

Schilderungen des Kommandanten der Schutzmauer.

Fahrt nach Zwickau:

Am Montag fuhren wir weiter über die Autobahn nach Zwickau, vorbei an dem größten Braunkohlenwerk der Welt „Schwarze Pumpe“. Leider erlaubte die Zeit uns nicht dieses riesige Werk, das auch die Bundesrepublik mit Briketts beliefert, zu besichtigen. In Zwickau wurden wir von einer Delegation des antifaschistischen Komitees der Stadt, sowie einer Abordnung der Stadtverwaltung freundlichst begrüßt. Nach dem Mittagessen machten wir eine Stadtrundfahrt unter der Leitung des Stadtbauplaners. Wir besichtigten als erstes die Freilichtbühne, die 1955 gebaut wurde, anschließend den Kulturpark und den Schwanensee, der alleine 15 ha groß ist. Die Freilichtbühne hat 3200 Sitzplätze mit festverankerten Bänken, die aus einer Kunststoffmasse hergestellt sind. Vorbei an einer von 3 Bergbauingenieurschulen, in welcher 800 Studenten für den Bergbau ausgebildet werden, gelangten wir zu der großräumig angelegten Bergarbeiter-Siedlung. 4700 Wohnungen wurden bereits in Blockbauweise 4stöckig erbaut. Auch hier wurde die Bauweise mit vorgefertigten Bauteilen angewandt. Geplant und im Bau sind weitere 3000 Wohnungen, die jetzt 5stöckig mit Fernheizung versehen werden. Die Miete beträgt durchschnittlich 35,- bis 45,- Mark, je nach Größe der Wohnung. (1 qm = 70 Pfennig). Dazu gehören Garagen, die in Selbsthilfe gebaut werden können, und deren Miete jährlich 7,- DM beträgt.

Eine Bungalow-Siedlung am Waldesrand:

Eine große Überraschung war für uns eine Siedlung von Bungalows, die am Wald angelegt ist. Ein Bungalow mit 2½ Zimmer, Küche und Keller kostet in Selbsthilfe 1.800 DM. Das Land kostet je qm – 10 Pfennig, jährlich. Zu jedem Bungalow gehören 250 qm Gartenland. Zu der großen Wohnsiedlung gehört eine riesige Mietwaschküche, deren Benutzung kostenlos ist.

Die Chronik von Zwickau reicht 850 Jahre zurück. Es hatte im 30 jährigen Krieg unter der Besetzung von Wallenstein schwer zu leiden. Die Einwohnerzahl ist 130.000. 75% der Arbeiter sind im Steinkohlenbergbau beschäftigt. Der tiefste Schacht ist 1000 m.

Eine Ferngasleitung bringt Gas bis Thüringen und in die CSSR. Ein weiterer Großbetrieb ist der VEB-„Sachsen-

Ein schönes **Weihnachtsgeschenk** ist der geschmackvolle Bildband über den spanischen Freiheitskrieg mit zwei Langspielplatten mit Liedern der Interbrigaden. Ein kleiner Restbestand steht noch zur Verfügung. Bestellungen beim Präsidium der VVN, 6 Frankfurt/Main, Rossertstr. 4, sofort aufgeben. Preis der Platten DM 15,-, die restlos dem spanischen Solidaritätsfonds zufließen.

ring“. Hier wird der weitverbreitete Autotyp „Trabant“ hergestellt. Täglich verlassen 249 Autos das Fließband. Das Werk kann jedoch die Nachfrage nicht befriedigen. Eine Erweiterung des Werkes ist geplant.

Das Werk beschäftigt 8500 Arbeiter und Angestellte. Darunter 2500 Frauen, 660 Ingenieure und 110 Lehrlinge. Ein Heiztempo am Fließband konnten wir nicht feststellen.

Die sozialen Einrichtungen sind vorbildlich. Es gibt eine Betriebspoliklinik mit 30 Betten. 8 Ärzte und 3 Zahnärzte sind angestellt. Die Behandlung ist kostenlos. Der Betrieb hat eigene Kinderferienlager, eine Betriebsberufsschule, eine große Betriebsbibliothek. 1.500.000 Mark für soziale Beihilfen stehen der Betriebsleitung zur Verfügung. Je nach Bedürftigkeit gibt es Feriengeldzuschüsse. Aus diesem Fond werden auch Sporteinrichtungen und Kulturveranstaltungen unterstützt. An Prämien stehen dem Werk 3 Mill. Mark für Verteilung zur Verfügung. Gute Leistungen und Erfindungen werden besonders honoriert. In der vortrefflich eingerichteten Kantine kostet das Mittagessen DM 0,75 (zwei Auswahlen); für Lehrlinge DM 0,60.

Interessant war eine Diskussion mit Funktionären der Gewerkschaft, der Betriebsleitung und Betriebsangehörigen. Die leitenden Kräfte des Betriebes sind durchschnittlich junge Menschen. Der Direktor ist 46, sein Stellvertreter 37, der Assistent 27 Jahre alt. Alle drei sind Ingenieure. Sie vertreten die Interessen der Kollegen und des Staates. Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit steht der Mensch. Manchmal sei es nicht leicht beides auf einen Nenner zu bringen und es koste öfters Mühe den Arbeitern klar zu machen, daß der Staat ihr Staat ist (Arbeiter- und Bauernstaat). Überstunden sind genehmigungspflichtig und dürfen 120 im Jahr nicht überschreiten.

Der Krankenstand mit 4,9% ist verhältnismäßig niedrig, soll jedoch auf 4% gesenkt werden. Die Betriebsleitung legt Wert auf vorbeugende Maßnahmen, damit der Arbeiter wenig krank ist. Offizielle Krankenkontrollen gibt es nicht, man vertraut hier auf die Ärzte bzw. Ärztekommision. Die häufigsten Krankheiten sind Magen- und Darmstörungen, an zweiter Stelle stehen Herz- und Kreislaufkrankheiten. Der Chefarzt ist Arbeitshygieniker und ein Enkel von August Bebel. Einige TBC-Heilstätten konnten wegen starkem Rückgang dieser Krankheit geschlossen werden.

Für die Unterbringung der Kinder von Betriebsangehörigen gibt es Möglichkeiten in Krippen, Kindergärten und Kinderhorts. Die Kosten für eine ganzwöchige Unterbringung betragen im Monat 40,- Mark. Wenn die Eltern am Wochenende ihre Kinder mit nach Hause nehmen wollen, bekommen sie das Essen für die Kinder von dem Betrieb mit. Für die Frauen gibt es die 45 Stunden-Woche. Dazu gehört ein freier Hausarbeitstag. Der Grundlohn beträgt 1,91 Mark, dazu kommt dann noch eine Leistungszulage. Der Gesamtlohn beträgt durchschnittlich DM 500,- netto.

Ein aufschlußreicher Besuch im Clubhaus für Rentner: „Feierabend-Heim“

Von der Clubleitung des Heims für Rentner war an uns eine Einladung ergangen, der wir gerne Folge leisteten. Das Clubhaus ist als Tagesaufenthaltsraum gedacht für Rentner, die das Bedürfnis haben, gesellschaftlich mit anderen Rentnern zusammen zu sein. Der älteste Rentner, den wir dort antrafen, war 90 Jahre und war sichtlich erfreut uns dies mitteilen zu können. Das Clubhaus war eine ehemalige Villa des sächsischen Zeitungskönigs, des Besitzers des „Sächsischen Tageblattes.“ Nach dem Zusammenbruch flüchtete er als bekannter Scharfmacher nach West-Deutschland. Sein Sohn, mit dem er sich überworfen hatte, erbt die Villa. Die „Volkssolidarität“ erwarb dieselbe käuflich und gestaltete sie zu einem Clubhaus für Rentner. Die Verwaltung besteht aus einer hauptamtlichen Kraft, die Tochter eines Antifaschisten. Dazu kommt noch eine Halbtagskraft. Alle übrige Arbeit wird im Rahmen des „nationalen Aufbauwerkes“ ehrenamtlich gemacht.

Der Tagesablauf ist ungefähr wie folgt: ab 10 Uhr ist das Clubhaus geöffnet. Es kommen täglich 90 bis 100 Rentner, die dort zu Mittag essen. Dasselbe kostet DM —,30. Eine Tasse Bohnenkaffee —,35 DM. Die Rentner haben sich in Gruppen zusammen gefunden. Es wird Skat gespielt, aber auch Schach. Andere nehmen die Bibliothek in Anspruch. Einige basteln, der Ertrag ihrer Arbeit wird der Volkssolidarität zur Verfügung gestellt. Ein jeder sucht sich dort irgendwie nützlich zu machen. Wir empfanden das Ganze als eine frohe Gemeinschaft. Fernsehen und Filmvorführungen, sowie alle möglichen kulturellen Veranstaltungen werden ehrenamtlich aufgeführt und sind von den Rentnern sehr geschätzt. Die Volkssolidarität hat in Zwickau 12300 Mitglieder. Die Zahl der Rentner beträgt rund 30 000. Die hohe Zahl ergibt sich aus der Tatsache, daß fast alle Frauen mit 60 Jahren Renten beziehen, weil sie im Krieg und nach dem Zusammenbruch

versicherungspflichtig gearbeitet haben. Die Betreuung der Rentner ist vorbildlich organisiert durch die Volkssolidarität und das Rote Kreuz. Es gibt Hauswirtschaftspflegerinnen, die sich um alte Menschen kümmern. Ebenso besteht eine Nachbarschaftshilfe, die ebenfalls von der Volkssolidarität organisiert ist. Die Helfer sind meistens junge Menschen. Wir haben den Eindruck bekommen, daß die Solidarität in der DDR groß geschrieben wird.

Nachtsanatorium für Bergarbeiter: „Martin Hoop“

Dieses Nachtsanatorium wurde nach dem Antifaschisten Martin Hoop benannt. Er ist durch nazistische Verfolgungen umgekommen.

Das Sanatorium dient der Prophylaxe — d. h. der Krankheit vorbeugen. Es ist dies für Bergarbeiter mit ihren ungesunden Arbeitsbedingungen unter Tage sehr wichtig. Fühlt ein Arbeiter Beschwerden und der Arzt bestätigt dies, so wird er in das Sanatorium zur Behandlung eingewiesen.

Nach Arbeitsschluß (Schicht) wird er beim Werk abgeholt und zum Sanatorium gebracht, erhält dort eine erstklassige Verpflegung und wird nach den ärztlichen Vorschriften behandelt. Das Sanatorium ist mit allen medizinischen Einrichtungen versehen. Es werden Bäder verabfolgt, Bestrahlungen durchgeführt, sowie Massagen gegeben. Das Sanatorium hat 90 Betten und liegt in einer ruhigen Lage, sodaß der Patient nach Vornahme seiner Behandlungsweise sich gut erholen kann. Für Verpflegung und Behandlung werden lediglich eine Gebühr von 1,- Mark pro Tag erhoben. Die Dauer der Behandlung ist gewöhnlich auf 4 Wochen festgesetzt. Jedoch kann die Zeit auch verlängert werden. Da im allgemeinen die Ärzte angewiesen sind streng über den Gesundheitszustand der Arbeiter zu wachen, sind durch diese vorbeugende Methode sehr oft ernstliche Erkrankungen vermieden worden.



Jugendliche Besucher aus der DDR betrachten interessiert die neuen Bauten in der Marx-Allée

Wir gratulieren!

25. 11. Luise Sigrist, 60 J.
28. 11. Adolf Dütke, 70 J.
4. 12. Alfred Goldmann, 80 J.
1. 1. Otto Dreisig, 60 J.

VVN Mannheim

12. 12. Auguste Schattulat, 76 J.
26. 12. Kath. Büchel, 60 J.

VVN Leverkusen

9. 12. Wilhelm Joerres, Düren, 75 J.

VVN Düren

3. 1. Minna Büttner, Kassel 77 J.
8. 1. Konrad Pape, Kassel 77 J.
15. 1. Georg Pretz, Kassel, 55 J.
22. 1. Elisabeth Synczek, Heiligenrode, 65 J.

VVN Kassel

1. 11. Hans Weislein, Weissenburg, 77 J.

VVN Weissenburg

5. 11. Betty Fuss, Regensburg, 70 J.

VVN Regensburg

14. 12. Martha Prasse, 83 J.
16. 12. Gustav Heinemann, 70 J.
19. 12. Walter Krüger, 71 J.

VVN Kiel

22. 10. Alfred Kaiser, Dudweiler, 72 J.
2. 12. Ida Merten, Gehweiler, 60 J.
6. 12. Nikolaus Kleer, Wemmetsweiler, 71 J.
9. 12. Jakob Weiskircher, Heiligenwald, 65 J.
17. 12. Alfred Reiss, Wiebelskirchen, 65 J.
17. 12. Frieda Hinger, Neunkirchen, 55 J.
18. 12. Peter Schmitt, Merchweiler, 73 J.
20. 12. Julius Balke, Ludweiler, 71 J.
20. 12. Ferdinand Paulus, Saarwellingen, 55 J.
3. 1. Jakob Frey, Bous, 75 J.
14. 1. Nikolaus Fuchs, St. Wendel, 76 J.
15. 1. Wilhelm Schwehm, Schiffweiler, 71 J.
15. 1. Maria Traub, Saarbrücken, 70 J.
17. 1. Wilhelmine Hille, Saarbrücken, 76 J.
17. 1. Jakob Scharl, Püttlingen, 60 J.
19. 1. Johanna Lang, Bous, 71 J.
21. 1. Agnes Willant, Oberbexbach, 60 J.
27. 1. Wilhelm Abel, Gündingen, 75 J.
28. 1. Jakob Breinig, Fremersdorf, 80 J.

VVN Saar

- Erich Benz, Mannheim, 40 J.
Werner Schütze, Freiburg, 50 J.
Theo Lauer, Badenweiler, 60 J.
Adolf Kästle, Hindelwangen, 60 J.
Hans Zebrowski, Freiburg/Brsg., 60 J.
Hans Schwartz, Mannheim, 60 J.
Georg Kless, Singen, 60 J.
Georg Hauser, Wyhlen, 60 J.
Emil Faller, Schopfheim, 60 J.
Rudolf Limbeck, Mannh.-Käferthal, 60 J.
Harry Dobberkau, Freiburg, 60 J.
Emilie Schickner, Heilbronn, 60 J.
Wilhelm Bögner, Stgt.-W., 65 J.
Berta Epple, Stuttgart-W., 65 J.
Elsa Böhme, Stgt.-Bad Cannstatt, 65 J.
Gottlieb Bauer, Stgt.-Hedelfingen, 65 J.
Charlotte Kanner, Singen, 65 J.
Thomas Frink, Unterriexingen, 65 J.
Adolf Frey, Ebingen, 65 J.
Karl Wissler, Lörrach-Degerfelden, 65 J.

Wilhelm Luckscheiter, Stgt.-Bad Cannst. 65 J.

Adam Heintzelmann, Esslingen-Hegensb. 65 J.

Albert Häussermann, Maichingen, 70 J.
Jakob Hering, Weinheim, 70 J.

Christiana Beutler, Herbrechtingen, 70 J.
Theresia Illing, Stgt.-Bad Cannstatt, 75 J.

Gottfried Grimminger, Wiechs, 75 J.
Friederike Bauer, Backnang, 75 J.

Alfred Goldmann, Mannheim, 80 J.
Alois Schwenger, Heilbronn, 80 J.

Rosa Schickel-Haller, Rheinfelden, 80 J.
Kurt Thierbach, Muggardt, 80 J.

Dr. Franz Koebner, Stgt.-O., 81 J.
Albrecht Leopold, Karlsruhe-Daxlanden, 81 J.

Josef Kopp, Freiburg, 81 J.
Karl Öhrlen, Bodelshausen, 85 J.

Christian Dietrich, Stgt.-S., 84 J.
Jakob Lutz, Stuttgart-S., 73 J.

Bäuerle, Viktor, Stuttgart-S., 73 J.
Johann Haupt, Schramberg, 80 J.

VVN Baden-Württemberg

Vom Geschrei über die Wiedergutmachung

Von Hein Hamacher, MdB

Über Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer nazistischer Gewaltherrschaft gibt es in unserem Volk, gesteuert oder nicht gesteuert, tolle Vorstellungen. Naziopfer schwimmen im Geld. Zahlen zwischen 60 000 und 100 000 DM werden genannt, die der einzelne Wiedergutmachungsrechte erhalten hat. Unser Finanzminister spricht von einer Globalsumme von 40 Md. DM, die die Wiedergutmachung einmal kosten soll.

Amtliche Zahlen sind in der Regel gut unterbaut und meist schwer anfechtbar. Sie vermitteln ein echtes Bild und klären das Verhältnis zwischen Wahrheit und Dichtung.

Für den Einzelanspruch nach BEG, lies Bundesentschädigungsgesetz, zahlten Bund und Länder bisher im Durchschnitt 7584,06 DM. BEG regelt dabei zehn Arten von Schäden.

Der bundesamtlichen Statistik – Stand 31. März 1964 – sind folgende Zahlen zu entnehmen:

Anmeldungen nach den verschiedenen Schadensarten 3 027 967. Erledigte Anträge bis zum gleichen Zeitpunkt 2 599 410 = 85,84 vH. Davon positiv entschieden oder auf andere Weise (Vergleiche) geregelt 1 890 626. Der Ablehnung verfielen 708 088 Anträge = 27,26 vH.

Unter Einbeziehung von 272 088 Anträgen, die vor dem 30. Juni 1956 erledigt wurden, zahlten Bund und Länder bis zum 31. März 1964 für 2 162 714 Ansprüche nach BEG 16 402 165 145 DM. Je Antrag also 7584,06 DM. Wer's nicht glaubt, kann's nachrechnen.

„Die Gemeinschaft“

NACHRUF

Am 7. November 1964 verstarb nach schwerer Krankheit durch eine Lungen-Embolie kurz vor Vollendung seines 69. Lebensjahres unser lieber Kamerad

WILLY PFLUGBEIL

Er, der seit frühester Jugend infolge Kinderlähmung körperlich schwer behindert war, gab uns allen bis zu seinem letzten Atemzuge ein leuchtendes Beispiel, was ein starker Geist und tiefe Überzeugung schöpferisch zu leisten vermag. Den Bürgern der Stadt Ludwigsburg ist er durch seine vorbildliche Tätigkeit als Stadtrat besonders in Erinnerung. Die Nazis beraubten ihn 1933 dieses Mandats. Und nun ging er den Leidensweg so vieler Antifaschisten. Die Haft in den Konzentrationslagern Heuberg, Kuhberg und Welzheim war für ihn doppelt schwer und die Nazis schreckten nicht davor zurück, ihn, den doppelt Wehrlosen zu mißhandeln. Doch alle diese Erniedrigungen und die lange Zeit erzwungener Arbeitslosigkeit konnten seinen starken Geist nicht brechen. Als der Spuk des III. Reiches zu Ende war, beteiligte er sich am Aufbau der VVN. Besondere Verdienste erwarb er sich beim Zustandekommen und Wirken der Lagergemeinschaft Heuberg – Kuhberg – Welzheim. Lange Jahre war er im Landesvorstand der VVN tätig und widmete sich besonders den Fragen der Wiedergutmachung.

Seine starke Persönlichkeit wird allen in tiefer Erinnerung bleiben.

VVN – Kreis Stuttgart

NACHRUF

Am 12. November 1964 verstarb in Frankfurt/Main unser Kamerad Heinrich Studer im Alter von 64 Jahren.

Kamerad Heinrich Studer ist untrennbar verbunden mit dem von Antifaschisten aller Länder organisierten Widerstands- und Befreiungskampf der Häftlinge im Konzentrationslager Buchenwald. Auch er, wie viele vor ihm, wurde ein Opfer seiner Leiden aus langer Haftzeit.

Wir werden diesen stillen tapferen Kameraden nicht vergessen!

VVN Hessen

„Stimme des Widerstandes“ ist das Mitteilungsblatt des Präsidiums der VVN für die Mitglieder der VVN. Es erscheint monatlich einmal und ist unverkäuflich. — Verantwortlich für den Inhalt: Max Oppenheimer, Frankfurt/M., Rosserstraße 4
Druck: A. Dunker, Frankfurt/M.